



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

zeichen

Nr. 1 | Frühling 2024

SCHÖN,
DASS IHR
ALLE
DA SEID

**AUFSTEHEN
GEGEN DEN
RECHTSRUCK**

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

THEMA

- 4 Aufstehen gegen Rechts – ein langer Weg zu gehen
Daniel Mullis
- 10 »Die Grenzen verschwimmen«
Interview mit Ruth Wodak
- 12 »Stark mobilisierend und wichtige Scharnierfunktion«
Interview mit Esther Lehnert
- 16 Unter Nazis: Jung, ostdeutsch, gegen Rechts
Interview mit Jakob Springfeld
- 18 »Wir wollen zeigen, wie schön das Leben sein kann
und wie viel in dieser Gesellschaft steckt«
Interview mit Sven Kaseler
- 24 Kein Engagement gegen Rechts ohne rassismus-
kritische Gesellschaftskritik
Özcan Karadeniz
- 26 Stimmungswandel in Polen
Agnieszka Łada-Konefał
- 28 Wie weiter nach der Correctiv-Recherche?
Henning Flad und Jutta Weduwen

FREIWILLIGE UND PARTNER*INNEN BERICHTEN

- 32 Begegnungen fürs Leben – warum ich mich gegen
Rechtsextremismus engagiere
Friedemann Bringt
- 32 Uns eint die Hoffnung auf solidarische Bündnisse –
und die Sorge vor den Wahlen in den USA wie hier
Heike Kleffner
- 33 Wir müssen Rassismus im Plural denken und bei uns
selbst beginnen
Éva Ádám
- 33 Im Rückblick waren die Alarmzeichen
in Russland eindeutig
Robert Kusche
- 34 Ich mache mich für etwas stark – nämlich für Vielfalt
Billy Wagner
- 34 Uns nicht gegeneinander ausspielen lassen
Katharina Stolla

ANDACHT

- 35 Unser Kreuz hat keine Haken
Friedrich Stiller

ASF-GESCHICHTE

- 38 Das deutsch-polnische Freiwilligenprogramm
in Großbritannien und der Brexit
Sabrina Gröschel und Charlotte Wiesenthal

WEGGEFÄHRT*INNEN

- 39 Wir trauern um Marianne Karmon
Jutta Weduwen
- 40 Der »Löwe« von Welt. Wir trauern um Jan Plamper
Lorenz Kähler
- 41 Wir trauern um Christian Schmidt
Joachim Rasch

GUTES TUN

- 42 Konkretes Engagement, das verbindet
Matteo Schürenberg
- 43 Termine

BILD- UND QUELLENHINWEISE

- Titelbild: BUND Berlin/Björn Obmann
S. 3: ASF/Bernhardt Link
S. 8: Julius Liebing, Kim Ehmer, Jonathan Kamzelak
S. 9: Malte Hübner (2), Kim Ehmer, Simon Chmel
S. 14: BUND Berlin/Björn Obmann (2), Julius Liebing (2)
S. 15: Julius Liebing (4), Santiago Rodriguez, Kim Ehmer,
Lukas Stratmann (2)
S. 22: Malte Hübner, Kim Ehmer, Julius Liebing
S. 23: Kim Ehmer (2), Julius Liebing, Simon Blieske
S. 30/31: ASF, Gundi Abramski
S. 32: Privat, Herzkampf/Martin Neuhof
S. 34: Yoni Nimrod, Elias Keilhauer
S. 36: Wikimedia Commons/Schorle [CC BY-SA 4.0], Wikimedia
Commons/PantheraLeo [CC BY-SA 4.0], Wikimedia
Commons/Hinnerk11 [CC BY-SA 4.0]
S. 37: Wikimedia Commons/Ralph Lange [CC BY-SA 4.0],
Wikimedia Commons/XoMEoX [CC BY-SA 4.0], Wikimedia
Commons/Holger Uwe Schmitt [CC BY-SA 4.0],
Wikimedia Commons/Dirk Bindmann [CC BY-SA 4.0],
Wikimedia Commons/Michael W [CC BY-SA 4.0]
S. 38: ASF/Sabrina Gröschel
S. 39: ASF/Ruthe Zuntz
Rückseite: ASF/Karel Cudlín



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Gefördert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten der Autor*innen spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Bewilligungsbehörde (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können dafür verantwortlich gemacht werden.

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 1, Frühling 2024, 52. Jahrgang
Auflage: 7.700 Exemplare
ISSN: 2749-5639
Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.,
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Jutta Weduwen (verantwortl.), Matteo Schürenberg,
Janika Raisch
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: +49 30 28395-184 | Fax: +49 30 28395-135
E-Mail: asf@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Druckhaus Dülmen

**Unterstützen Sie unser Engagement
für Erinnerung und Frieden**

ASF-Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00
BIC: BFSWDE33XXX

Editorial

Liebe Leser*innen,

Das machte Mut, brachte Zuversicht – dass so viele Menschen Anfang des Jahres gemeinsam gegen den Rechtsruck aufstanden: Nicht nur die Hunderttausende, die in den Metropolen demonstrierten, sondern gerade auch die Versammlungen in kleineren Städten und Dörfern.

Die Proteste wurden von ganz unterschiedlichen Menschen getragen, oftmals spontan von wenigen Privatleuten organisiert. Sie waren kreativ, mit humorvollen Botschaften, die Stimmung war friedlich und froh, aber auch entschlossen. Sie wirkten erfrischend und verbindend, gerade weil in den Jahren zuvor sich eine schleichende Normalisierung zu vollziehen schien: Auf immer neue rechtspopulistische Provokationen und Wahlerfolge folgten erregte, aber orientierungslose Mediendebatten, während rechtsextreme Gewalt fast schon alltäglich Geflüchtete, kritische Lokaljournalist*innen, engagierte Kommunalpolitiker*innen oder Gedenkstätten trifft. Bis weit in die Mitte sind Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Queer-Feindlichkeit verbreitet und das immer unverhohlener. Die Potsdamer Pläne zur massenhaften Deportation, die durch die *Correctiv*-Recherchen öffentlich wurden, waren nur einer von vielen Kulminationspunkten dieser bedrohlichen Entwicklung.

Noch immer gibt es Aktionen, doch es kommen deutlich weniger Menschen und die Aufmerksamkeit richtet sich schon wieder auf neue alte Krisen wie die Kriege im Nahen Osten oder gegen die Ukraine, dabei überschneiden sich vieler dieser Konfliktlinien. Gerade jetzt kommt es darauf an, die vielen neuen Verbindungen zu nutzen, um auf Dauer und wirkungsvoll der Mobilisierung von Rechtsaußen nicht nur etwas entgegenzusetzen, sondern insgesamt neuen Zusammenhalt und demokratische Beteiligung zu begründen – in unserer Gesellschaft wie in ganz Europa.

In diesem *zeichen* schauen wir zurück auf die Proteste und voraus: Was muss nun im Vorfeld der Wahlen in Kommunen, Ländern und Europa politisch passieren, um eine demokratische Mitte neu zu beleben? Das untersucht Daniel Mullis in seinem Beitrag. Ruth Wodak diskutiert, wie auf rechtspopulistische Diskursstrategien reagiert werden kann und Esther Lehnert spricht darüber, welche Bedeutung Gender-Fragen und instrumentalisierte Frauenrechte für die rechtsextreme Normalisierung haben. Özcan Karadeniz beschreibt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aus seinen rassistischen Alltagserfahrungen als »Migrationsanderer«. Mit Jakob Springfeld und Sven Kaseler berichten zwei Generationen von Engagierten über die rechtsextreme Bedrohung und kreativem Gegenprotest in Sachsen.

ASF engagiert sich mit der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* seit Langem und ist Teil des Bündnisses *Hand in Hand*, das verschiedene Proteste organisiert. Wir planen vor den anstehenden Wahlen eine Kampagne zur Wahlbeteiligung, die die Demokratie und Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt. Denn ob jüdische Gemeinde, migrantische Selbstorganisation oder Gedenkstätte – viele unserer Partnerorganisationen sind ganz unmittelbar von Rechtsaußen bedroht. Umgekehrt ist ein Freiwilligendienst für Viele der Ausgangspunkt zu einem lebenslangen Engagement, ob als Journalistin, Aktivistin, Politikerin oder Sterne Koch. Mehr dazu in diesem Heft. Übrigens: Unsere neuen Freiwilligen sind auf der Suche nach Patinnen*Paten. Unterstützen Sie die Freiwilligen und begleiten Sie sie mit einer Patenschaft durch ihr Jahr mit ASF.

Ihre und Eure
Jutta Weduwen, *Geschäftsführerin*



Aufstehen gegen Rechts – ein langer Weg zu gehen

Die Massenproteste zeigen: Viele Menschen wollen dem Erstarken der extremen Rechten nicht länger zuschauen. Sie wollen eine demokratische Gesellschaft ohne Wenn und Aber. Dabei können die Proteste nur der Anfang von langwierigen Auseinandersetzungen sein. Der zivilgesellschaftliche Aufbruch ist zugleich Angebot und Aufforderung an die Politik, eine andere Mitte zu finden, die sich von den nach Rechtsaußen schielenden Narrativen der »Besorgten Bürger« löst.

Daniel Mullis

Ein Ruck ging durch Deutschland. Überall in der Republik, in Ost und West, in Nord und Süd, in Stadt und Land sind seit dem Januar Millionen von Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die AfD, generell gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für Demokratie und eine plurale Gesellschaft zu demonstrieren. Es sind die größten Proteste, die die Bundesrepublik je gesehen hat. Ein eindrucksvolles Zeichen. Die riesigen Kundgebungen mit jeweils weit mehr als hunderttausend Teilnehmer*innen in Hamburg, München oder Berlin sind umso bemerkenswerter, weil zeitgleich auch in vielen anderen Metropolen Zehntausende protestierten.

Hinzu kommt, dass der Protest deutlich in die Fläche geht. In Hessen beispielsweise wurde auch in Butzbach, Geisenheim, Hofheim, Oberursel und Michelstadt demonstriert. Aber auch in den sächsischen AfD-Hochburgen Görlitz oder Pirna versammelten sich Menschen. In ländlichen Regionen und Kleinstädten ist der Protest keine Selbstverständlichkeit, dies gilt auch für Westdeutschland, insbesondere aber für Ostdeutschland. Die Menschen zeigen Gesicht und stehen ein für Demokratie, obwohl die Stimmung vor Ort bisweilen längst nach Rechtsaußen gekippt ist, rechtsextreme Gruppen Menschen

vor und nach Demonstrationen bedrohen und man sich im Alltag ständig begegnet und daher Konflikten, Drohungen und auch Gewalt ausgesetzt ist. Dass Menschen dennoch protestieren, ist der große Erfolg dieser Bewegung.

Nicht die ersten Proteste gegen den Aufstieg der Rechten

Die Proteste folgen auf eine zehnjährige Phase des kontinuierlichen Erstarkens der extremen Rechten und insbesondere der AfD. Dabei sind die Proteste nicht neu. Immer wieder gingen Menschen auf die Straße: Es wurde gegen Parteitage der AfD demonstriert, Menschen stellten sich Pegida und Querdenken entgegen, *Unteilbar* mobilisierte 2018 eine Viertelmillion Menschen nach Berlin (auch ASF beteiligte sich damals), die *Seebrücke*-Bewegung organisierte bundesweite Demonstrationen gegen die auf Abschottung ausgerichtete Migrationspolitik und im Sommer 2020, noch unter dem Eindruck des rechten Terrors von Hanau, versammelten sich bundesweit Zehntausende zu *Black-Lives-Matter*-Demonstrationen.

Doch im Gegensatz zu den Menschen, die bei Pegida, den Corona-Demonstrationen oder im letztlich nicht so »Heißen Herbst« offensichtlich den nötigen Mindestabstand zur extremen Rechten nicht einhielten, galten die Menschen auf den progressiven Demonstrationen nie als »Besorgte Bürger«, deren Sorgen ernst genommen werden müssten. Im Gegenteil: Gerade in Fragen der Migration verrohete der Diskurs zusehends und wurde 2023 wie schon 2015/2016 zum Aufstiegsvehikel für die AfD.

In der zweiten Jahreshälfte 2023 setzte die vom Verfassungsschutz als zumindest »rechtsextremistischer Verdachtsfall« eingestufte Partei zum Höhenflug an. In Umfragen kletterte sie bundesweit auf über 20 Prozent, in Ostdeutschland, wo im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewählt wird, erreicht sie Werte von bis zu 35 Prozent und droht mit Abstand stärkste Kraft zu werden. Gleichzeitig erzielte sie bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen Spitzenresultate und wurde in Hessen mit 18,4 Prozent hinter einer erstarkten CDU zweitstärkste Kraft. Der Aufstieg der Rechten ist endgültig kein ostdeutsches Problem mehr.

Auslöser der aktuellen Massenproteste waren die Recherchen von *Correctiv*. Mitte Januar deckte das Recherchenetzwerk auf, dass auch Mitglieder der AfD im November 2023 an einem nicht öffentlichen Treffen in Potsdam mit anderen extremen Rechten teilgenommen hatten. Gegenstand des Treffens war ein »Masterplan Remigration«, der nichts anderes als die massenhafte Vertreibung von Menschen aus Deutschland zum Ziel hat, die ihnen als nicht deutsch genug gelten. Doch die Recherchen reichen nicht aus, um zu verstehen, warum sich der Protest gerade jetzt Bahn brach. Dies wurde auf der Straße deutlich: Die Erleichterung darüber, endlich etwas tun zu können, dem Aufstieg der Rechten nicht mehr tatenlos zusehen zu müssen, war offensichtlich.

Doch das Problem reicht weiter als die AfD

Die Zivilgesellschaft allein kann die Herausforderung des Erstarkens der Rechten allerdings nicht lösen. Es braucht die Politik, Verbände, Institutionen und Wirtschaft. Denn das Problem, vor dem wir als Gesellschaft stehen, geht weit über die AfD hinaus. Dafür lassen sich zumindest drei Gründe identifizieren.

Erstens, so zeigen die Befunde der Einstellungsforschung, findet rechtsextremes Gedankengut bis weit in die Mitte der Gesellschaft Zuspruch und die Demokratie wird als in der Krise befindlich wahrgenommen. Die jüngste *Mitte-Studie*¹ aus dem Jahr 2023 zeigt gar einen erschreckenden Zuwachs rechtsextremen Gedankenguts. Seit 2014 lag der Anteil der Menschen mit rechtsextremen Überzeugungen konstant bei rund zwei Prozent. Zwischen 2021 und 2023 schnellte er auf über acht Prozent hoch. Gleichzeitig ist auch der Graubereich deutlich von rund 15 auf nun über 20 Prozent gewachsen.

Wie tief die Krise der Demokratie reicht, zeigt eine Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung*². Die Autor*innen zeichnen die Situation in düsteren Farben. Nur etwas mehr als 40 Prozent haben Vertrauen in Bundesregierung und Bundestag. Etwas mehr als die Hälfte ist mit der Demokratie unzufrieden, ebenso viele sagen, ihr Zustand habe sich in den letzten Jahren eher verschlechtert als verbessert, und nur eine Minderheit von knapp zehn Prozent sieht Verbesserungen. Andere Studien verdeutlichen, dass viele Menschen die politischen Repräsentant*innen als fern empfinden und davon ausgehen, dass Engagement wenig bringe. Man werde ohnehin nicht gehört, und gerade weniger Wohlhabende sehen ihre Interessen nicht vertreten. Letzteres ist aber nicht nur ein Gefühl, sondern wird auch faktisch von Studien belegt.

Zweitens wurzelt die Empfänglichkeit für rechtes Gedankengut, wie meine eigene Forschung zeigt, in tief in der Mitte der Gesellschaft verankerten Norm- und Wertvorstellungen. Rechtsextremismus basiert auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, gepaart mit Gewaltakzeptanz – und es ist gerade die Logik der Ungleichwertigkeit, die in der Mitte durchaus akzeptiert wird.

So haben drei Jahrzehnte markt- und wettbewerbsorientierter Individualisierung ihre Spuren hinterlassen. Nicht wenige sind bereit zu akzeptieren, dass es unterschiedliche Wertigkeiten von Menschen gibt und dass nicht alle den gleichen Anteil an der Gesellschaft haben sollen. Aber auch in den immer wiederkehrenden Debatten um Migration, Armut und Gender schwingt die Idee der Ungleichwertigkeit stets mit und wirkt auch in der Mitte als spaltendes Gift. Hinzu kommt, dass die Welt als aus den Fugen geraten erlebt wird und angesichts von Corona-Krise, Klimawandel und sich verändernden globalen Machtstrukturen viele Menschen eigene Privilegien und den sicher geglaubten Wohlstand gefährdet sehen.

Drittens kommt hinzu, was Natascha Strobl als »radikaliserten Konservatismus« bezeichnet. Denn es ist längst nicht nur die AfD, die die gesellschaftliche Regression befördert, sondern gerade auch Politiker*innen der konservativen Mitte. So sprach etwa Horst Seehofer, damals Innenminister in der dritten großen Koalition unter Angela Merkel, mit Blick auf das Erstarken der AfD 2018 von der Migrationsfrage als »Mutter aller Probleme«. Alexander Dobrindt formulierte im selben Jahr den Wunsch nach einer »konservativen Revolution der Bürger« als Antwort auf die angebliche »linke Revolution der Eliten«. Und Jens Spahn forderte 2023 angesichts wieder steigender Flüchtlingszahlen, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention auf den Prüfstand zu stellen.

Wenige Wochen später legte Spahn mit der Forderung nach einer »Pause bei dieser völlig ungesteuerten Asylnmigration« nach und plädierte kurz darauf sogar dafür, »irreguläre Migrationsbewegungen« notfalls auch »mit physischer Gewalt« zu stoppen. Als 2016 Politiker*innen der AfD Ähnliches forderten, hatte dies noch für Empörung und Widerspruch gesorgt. So

verwundert es nicht wirklich, dass an dem von *Correctiv* recherchierten Treffen auch zwei Politiker der CDU und zugleich der *WerteUnion* teilnahmen. Man kommt nicht umhin festzuhalten, dass die Verrohung der Gesellschaft auch von Parteien der konservativen Mitte beschleunigt wird. Und diese Entwicklung auch trotz der aktuellen Proteste ihren Lauf nimmt, wie dies etwa gehässige Redebeiträge gegen Regierung und progressive Politikansätze der CSU bei dem diesjährigen Politischen Aschermittwoch verdeutlichen.

Krisen und sich verstärkende Konflikte

Die drei skizzierten Faktoren bilden das Gefüge, in das die Proteste hineintreten und ein klares und deutliches Stopp-Zeichen setzen. Der Rechtsextremismus, mit dem wir es zu tun haben, mobilisiert allerdings weniger durch eine kohärente Ideologie als durch die affekthafte Berufung auf Emotionen, Unsicherheiten und Ängste. Diese lassen sich schwerlich argumentativ entkräften, denn hier zählen bessere Argumente schlichtweg nicht. Die AfD bietet die ersehnte Heimat in unsicheren Zeiten, in der Ruhe, Ordnung und der Erhalt der Privilegien der ohnehin Privilegierten garantiert werden. Das bedeutet auch, dass das Aufstehen der demokratischen Zivilgesellschaft zwar enorm wichtig ist, es aber dem Erstarken der extremen Rechten kurzfristig nicht Einhalt gebieten wird.

Die Krisen der Zeit, angefangen bei der Finanzkrise, über den Streit um Migration, die Pandemie, die Rückkehr eines konventionellen Krieges in Europa und insbesondere die Frage nach der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft infolge der Klimakrise und der neu aufgeflammt Nahost-Konflikt, der Polarisierung und Antisemitismus auch hierzulande vorantreibt, versetzen die Menschen in Unruhe. Als Gesellschaft stehen wir vor handfesten Auseinandersetzungen, die alle Bürger*innen und nicht nur den politischen Betrieb betreffen. Die Auseinandersetzungen, in deren Gefüge die extreme Rechte erstarkt und sich als Akteurin einbringt, drehen sich im Wesentlichen um die Frage, welche Zukunft wir wollen. Wie soll soziale Gerechtigkeit aussehen und wem steht sie zu? Wie positionieren wir uns in einer Welt, die geopolitisch sowie klimatisch im Wandel ist?

Im Wesentlichen gibt es zwei Antworten darauf: zum einen eine regressive, die auf den Erhalt von Privilegien setzt und damit wichtige Transformationsprozesse blockiert, in der Hoffnung, selbst unbeschadet davonzukommen – was sich zwangsläufig zumindest für die eigenen Nachfahren als Trugschluss erweisen wird. Oder eine progressive Antwort, die sich den globalen Herausforderungen stellt und gewillt ist, auch grundlegende Veränderungen zu gestalten, damit die Welt von morgen sozial-ökologisch und gerechter wird sowie vor allem demokratisch bleibt. Bisher war es vor allem die Rechte, die hier offensiv agierte und klar regressive Position bezog. Mit der

breiten Protestbewegung hat nun auch der Teil der Gesellschaft Stellung bezogen, der die Demokratie ohne Wenn und Aber erhalten will.

Dass der gesellschaftliche Konflikt nun deutlicher als zuvor auf dem Tisch liegt, dürfte die Auseinandersetzungen mittelfristig jedoch eher verschärfen als befrieden. Die extreme Rechte wird alles tun, um Oberwasser zu behalten, der Widerspruch verunsichert sie, spornt sie aber auch an. Der Blick über den Tellerrand sorgt hier für Klarheit: Aus den USA ist zu lernen, dass selbst eine breite gesellschaftliche Mobilisierung wie die von *Black Lives Matter* der extremen Rechten um Donald Trump den Nährboden nicht entziehen konnte. Für die demokratische Zivilgesellschaft wird es jetzt darauf ankommen, einen langen Atem in den kommenden Auseinandersetzungen zu haben und nicht nur beständig auf der Straße laut zu sein, sondern auch institutionell wirksam zu werden.

Konflikte bearbeiten

Abschließend möchte ich dafür plädieren, die Proteste als starkes, positives und breites Zeichen anzuerkennen, sie aber nicht zu überhöhen. Die Demonstrationen sind kein Endpunkt, sondern ein Ausgangspunkt in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und im Kampf für den Erhalt der Demokratie. Wenn die Proteste erfolgreich sein sollen, müssen Parteien der Mitte und politische Repräsentant*innen – von der Union bis zu den Grünen – umdenken. Anstatt im politischen Alltagsgeschäft immer wieder nach Rechtsaußen zu schießen und damit dem Hass einen Resonanzraum zu öffnen, sind sie aufgefordert, die von den progressiven Protesten ausgestreckte Hand zu ergreifen und einen gemeinsamen Weg aus den Krisen zu gehen. Ein Anfang wäre, die Menschen, die nun auf der Straße sind, auch als Bürger*innen mit ernstzunehmendem Sorgen zu erkennen und sie zu fragen, was sie sich für eine Gesellschaft wünschen und wovon sie träumen. Das würde die Möglichkeit eröffnen, die Mitte der Gesellschaft neu zu verorten und die Eckpfeiler zu verschieben.

Gleichzeitig gilt, dass der Aufstieg der AfD mehr als zehn Jahre anhält, das Sagbare sich verschoben und sich etwas Rohes und Gewalttätiges in der Gesellschaft breit gemacht hat. Der Weg aus der Entzivilisierung dauert stets länger als der Weg hinein – ein Haus niederzubrennen geht auch schneller, als es wiederaufzubauen. Wie ausdauernd der Protest sein muss, aber auch, dass er erfolgreich sein kann, zeigt das Beispiel Polen, wo die PiS nach Jahren des autoritären Umbaus 2023 abgewählt wurde und demokratische Kräfte zurückgekehrt sind. An Polen sowie den USA ist zudem auch abzulesen, dass selbst die Abwahl autoritärer Politiker*innen nicht das Ende der Auseinandersetzungen bedeutet, sondern selbst dies nur Etappensiege im Ringen um den Erhalt der Demokratie sind.

Es ist durchaus möglich, dass die AfD trotz der Proteste im Herbst in einem oder gleich mehreren ostdeutschen Bundesländern stärkste Kraft wird und die Regierungsbildung äußerst schwierig wird. In den diversen anstehenden Kommunalwahlen droht sie zudem auch lokal an Einfluss zu gewinnen. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die Brandmauer im Osten auf Seiten der Union nicht mehr existiert und es daher keineswegs ausgeschlossen ist, dass die AfD auf die eine oder andere Weise in Regierungsverantwortung kommen könnte. Darauf gilt es sich vorzubereiten: Demokratieprojekte und antirassistische Initiativen brauchen dann Schutz und alternative Finanzierung. Es liegt aber auch an den anderen Parteien in den westdeutschen Bundesländern, klare Grenzen zu setzen und Konsequenzen zu formulieren, sollte die Union oder eine andere Partei wie das Bündnis Sarah Wagenknecht der AfD zur politischen Macht verhelfen.

Insgesamt sind die Demonstrationen also ein erster wichtiger Schritt, um die notwendigen Konflikte auszutragen. Die Demonstrationen bedeuten aber nicht den Eintritt in die demokratische Harmonie, im Gegenteil, sie markieren eher ein Mehr an Turbulenzen, weil sie den Gegenpol zur extremen Rechten deutlich sichtbar machen. Die Herausforderungen unserer Zeit, die sich aus den verschiedenen Krisen und gesellschaftlichen Herausforderungen des Klimawandels ergeben, lassen sich nicht aussitzen, sie müssen politisch angegangen und ausgetragen werden. Eine aktive Konfliktbearbeitung ist aber nichts Schlechtes, wenn sich die Gesellschaft dabei auf ihre demokratischen Grundlagen besinnt und bereit ist, diese zu verteidigen.

Eine frühere Fassung dieses Beitrages erschien am 26. Januar 2024 im PRIF-Blog. Für die erneute Veröffentlichung wurde er überarbeitet.

Dr. Daniel Mullis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Dort arbeitet er zu politischen Geographien, Protest und Rechtsextremismus. Im März erschien sein Buch »Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte« (Reclam, Stuttgart: 2024).

- 1 Zick, Andreas/Beate Küpper/Nico Mokros (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn.
- 2 Best, Volker, et al. (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Bonn.

Kleffner, Heike/Matthias Meisner (Hrsg.) (2021): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Freiburg.

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a.M.

Heitmeyer, Wilhelm, et al. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, Weinheim/München.

Strobl, Natascha (2021): Radikalisierte Konservatismus, Berlin.



Anna aus München unterstützt ab September ein Frauenhaus und begleitet Shoah-Überlebende bei *Amcha* in Haifa.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen**

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



»Wir sind die Brandmauer«

Am 3. Februar versammelten sich bis zu 300.000 Menschen um den Deutschen Bundestag. Sie stellten sich symbolisch schützend um das Parlament. Es trafen ganz unterschiedliche Menschen aufeinander, die Stimmung war friedlich und der Protest kreativ. ASF

beteiligt sich am Bündnis *Hand in Hand*, das diese Kundgebung organisierte. Zuvor waren bereits bundesweit Menschen in größeren wie kleineren Orten auf die Straßen gegangen, auch hier beteiligten sich die ASF-Regionalgruppen.





»Die Grenzen verschwimmen«

Die Sprachwissenschaftlerin **Ruth Wodak** im Interview mit Nora Ederer über rechtsextreme Rhetorik und Diskursstrategien

Frau Wodak, Sie forschen seit fast 40 Jahren zu rechter Rhetorik. Im November trafen sich Politiker*innen der in Teilen als »gesichert rechtsextrem« eingestuften AfD sowie Mitglieder der erzkonservativen CDU-Abspaltung Wertunion mit dem österreichischen Rechts-extremisten Martin Sellner in Potsdam. Seit das bekannt wurde, taucht der dort benutzte Begriff »Remigration« immer wieder auf. Wo kommt der her?

Ursprünglich bezieht sich der Begriff auf das Zurückkommen von Menschen, die im Exil gelebt haben, in der Emigration. Er bedeutet, dass man dorthin zurückkehrt, von wo man einmal weggegangen ist. Man verwendete das Wort zum Beispiel bei Menschen, die 1938 nach dem sogenannten Anschluss aus Österreich geflüchtet waren. Die lebten dann in den USA, in Großbritannien, auch in Südamerika, in Chile oder Uruguay, und entschieden sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Darum ging es bei dem Treffen in Potsdam aber nicht.

Die AfD und die Identitären, eine rechtsextreme Gruppe, zu der auch der Österreicher Martin Sellner gehört, definierten den Begriff »Remigration« um und neu. So erhält er eine völlig neue Bedeutung: Menschen, die keine »echten« Deutschen sind, sollen deportiert werden. In

diesem Sinne wird das Wort völlig konträr zu seiner ursprünglichen Bedeutung benutzt. Das ist typisch für rechte Rhetorik. Etwas Diskriminierendes wird sozusagen soft formuliert und dadurch akzeptabel. Daher nutzt man den Begriff »Remigration«, meint damit aber letztlich etwas Ähnliches wie mit »Deportation«.

Etwas Ähnliches?

Ich will nicht unbedingt behaupten, dass man das Gleiche meint. Ich halte Gleichsetzungen mit der NS-Zeit für schwierig, weil wir heute mit einem anderen Kontext konfrontiert sind. In Potsdam wurde nicht explizit gesagt, dass Menschen in Konzentrationslager deportiert werden sollen, oder dass sie vernichtet werden sollen, sondern dass sie woandershin, außerhalb Deutschlands, gebracht werden sollen. Was sonst noch mitgemeint wurde, darüber können wir nur spekulieren.

In Ihrem Buch »Politik mit der Angst« schreiben Sie von einer Zwickmühle, in der sich Journalist*innen in Bezug auf rechte Rhetorik befinden.

Sie müssen über rechte Provokationen berichten, dürfen die Debatte aber nicht weiter emotionalisieren. Wenn sie nicht berichten, könnte man dies als Zustimmung werten. Daher ist das eine schwierige Aufgabe. Rechtspopulisten verschaffen sich Aufmerksamkeit, indem sie Skan-

dale provozieren. Das passiert auch jetzt in der Debatte um die »Remigration«. Doch das lenkt von anderen wichtigen Themen ab, etwa von der Inflation oder von Kriegen, und Journalistinnen und Journalisten müssen darauf achten, dass sie diese Dynamik nicht weiter befeuern.

Wie geht das?

Etwa so: »Die AfD versucht wieder einmal zu provozieren: Gestern ereignete sich dies und das.« – das kann man dann kurz beschreiben, auf Zeitungsseite sieben oder acht. Man muss es nicht als unkommentierte Schlagzeile auf die Titelseite bringen. Journalistinnen und Journalisten müssten signalisieren, dass sie verstanden haben, wie diese Dynamik – das rechtspopulistische Perpetuum Mobile – funktioniert: dass die Rechten immer wieder Empörung schüren, man sich davon aber nicht provozieren lassen sollte.

Wie passiert das eigentlich, dass rechte Rhetorik in unsere Sprache einfließt?

Wenn der Vorsitzende der FPÖ, Herbert Kickl, sagt, er will »Volkskanzler« werden, dann verwendet er einen Begriff, den auch schon die Nationalsozialisten nutzten. Aber auch andere Politiker haben den Ausdruck »Volkskanzler« schon verwendet, in ganz anderen Zusammenhängen und ohne Anspielungscharakter.

All dies wissen viele Menschen nicht und sie werden denken, dass der Ausdruck »Volkskanzler« völlig okay ist. Und selbst wenn sie die Geschichte des Begriffs kennen: Kickl kann die Anschuldigung, er habe einen Nazibegriff verwendet, immer zurückweisen und sagen, er habe den Zusammenhang mit der Nazi-Zeit nicht gekannt – oder eben den Begriff wörtlich gemeint: »Kanzler des österreichischen Volkes«.

Ist das typisch für rechte Rhetorik?

Ja, das bezeichnet man als »kalkulierte Ambivalenz«: Man spricht mit einem Begriff oder einer Äußerung strategisch verschiedene Bedeutungen an.

Was beobachten Sie in Ihrer Forschung noch?

Sehr oft werden vorschnelle Generalisierungen von Eigenschaften ganzer Gruppen vorgenommen. Ihnen wird damit ihre Diversität abgesprochen. Sie werden damit auf Vorurteile reduziert, etwa: »Die ... sind alle faul und können nichts«. Auch Strohmann-Trugschlüsse werden häufig verwendet. In der Migrationsdebatte heißt es zum Beispiel immer wieder: »Die Grünen/Linken/Gutmenschen wollen alle zu uns hereinlassen.« Dabei steht das in keinem Parteiprogramm. Wenn jemand das aber behauptet, dann bringt er oder sie das Gegenüber in die Defensive. Denn die Behauptung steht ja im Raum und man muss sich nun verteidigen.

Im Sommer 2023 sprach Hubert Aiwanger, Bayerns Vize-Ministerpräsident und Vorsitzender der Freien Wähler, auf einer Demonstration gegen das Heizungsgesetz. Er bezeichnete die Bundesregierung als »Chaoten« und forderte sie auf, zurückzutreten, wenn sie noch einen »Funken Anstand« besitze. Er beklagte sich über »links-grünes Gender-Gaga«, und sagte: »Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss.« Ist das ein Beispiel für rechtspopulistische Rhetorik?

Ja, zum einen wertet Aiwanger seine politischen Gegner ab, indem er sie als »Chaoten« bezeichnet. Zum anderen wertet er ihre Politik ab und spricht von »Gender-Gaga«. Man kann zum Gendern stehen, wie man will, aber Aiwanger liefert ja kein Argument gegen das Gendern. Er wertet pauschal ab.

Was ist mit dem Ausdruck »die schweigende große Mehrheit«?

Den verwendet nicht nur Aiwanger. Auch Donald Trump in den USA und der FPÖ-Vorsitzende Herbert Kickl in Österreich weisen auf die »schweigende Mehrheit« hin. Sie sehen sich als die einzigen richtigen Vertreter des Volkes, die anscheinend für die Mehrheit der Menschen im Land sprechen. Dabei ist das gar nicht bewiesen – und laut Meinungsumfragen ist es auch nicht der Fall. Aber diese Phrase taucht in verschiedenen Kontexten immer wieder auf.

Auch im rechten Milieu.

Ja. Man behauptet, für »das Volk« zu sprechen, das sich nichts gegen »die Elite« zu sagen traut. Aiwanger mobilisiert den »einfachen« Mann und die »einfache« Frau »von der Straße« gegen seine politischen Gegner. Er diffamiert und verleumdet sie. Das ist typisch für rechte Rhetorik. Und wir dürfen auch den Kontext nicht vergessen: Aiwanger hat sich so auf einer Demonstration geäußert, wenige Monate vor den Landtagswahlen. Damit versuchte er, Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Aiwanger benutzte auch das Wort »Anstand«.

Das ist sehr interessant, denn »Anstand« ist ein Begriff, den in Österreich schon der Rechtspopulist Jörg Haider häufig verwendet hat. Der Anstand – nicht klar und eindeutig definiert – gehört, so die Rechtspopulisten, zur Identität eines »echten« Deutschen oder eines »echten« Österreicher. Es wird impliziert: Das sind anständige Menschen – im Gegensatz zu den »illegalen Ausländern« oder

der »korrupten Elite«. Dabei ist es paradox, dass jemand wie Aiwanger diesen Begriff für sich reklamiert. Immerhin ist ein höchst unanständiges Flugblatt mit Nazi-Inhalten aufgetaucht, das er als Jugendlischer in seiner Schultasche herumgetragen haben soll.

Wie kamen Sie eigentlich dazu, rechte Rhetorik zu erforschen?

Damit habe ich bereits 1986 angefangen. Rückblickend war das ein unglaublich interessantes Jahr. Einerseits begannen die Österreicher ihre komplexe NS-Vergangenheit zu bearbeiten – was 1968 in Deutschland passierte, passierte hier 1986, nämlich die sogenannte Waldheim-Affäre. Man fragte die Eltern und Großeltern: »Was hast du damals gemacht? Wo warst du dabei?« Andererseits gab es die Gegenbewegung zu dieser Aufarbeitung, Jörg Haider wurde Vorsitzender der FPÖ. Er entwickelte neue rhetorische Muster. Sein Diskurs war häufig revisionistisch und offen xenophob, auch antisemitisch. Das hat mich aufmerken lassen.

Ihre Forschung betrifft Sie aber auch persönlich.

Meine Familie ist tatsächlich remigriert. Meine Eltern sind jüdisch und flohen vor den Nazis nach England. Ich bin in London geboren. Später kehrten wir nach Österreich zurück – mit dem Vorhaben, dass so etwas wie der Holocaust nie wieder passiert.

Das Interview erschien am 6. Februar 2024 im Tagesspiegel. Wir drucken es in gekürzter Form ab. © Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Berlin

Prof. Dr. Ruth Wodak ist Sprachsoziologin und emeritierte Professorin der Universität Wien und der Lancaster University.

Nora Ederer ist Journalistin beim *Tagesspiegel* und führte das Interview.

»Stark mobilisierend und wichtige Scharnierfunktion«

Esther Lehnert im Gespräch über die rechtsextreme Normalisierung durch antifeministische und Anti-Gender-Themen sowie über die Instrumentalisierung von Frauenrechten und falschen Freiheitsversprechen

ASF-zeichen: Welche Rolle spielt Geschlechterpolitik in rechts-extremen Diskursen?

Esther Lehnert: Gender ist eine zentrale Kategorie in rechts-extremen Kampagnen und ihrer Ideologie. Seit Jahrzehnten funktioniert es als wichtiges Feindbild. Während die Neue Rechte auf vielen Politikfeldern versuchen musste, über umgewertete Begrifflichkeiten ihre eigentlichen Inhalte zu verschleiern, hatte sie das in der Geschlechterpolitik nie nötig. Sie konnte Feminismus oder Multigeschlechtlichkeit rundherum ablehnen.

Wo zeigt sich das konkret?

Schon die NPD fuhr Kampagnen gegen das Gender Mainstreaming, also etwa der Gleichstellungspolitik im öffentlichen Dienst, und die AfD kopierte das bereits früh – und war damit nur viel erfolgreicher. Ein weiteres Feld ist der Kampf für Zweigeschlechtlichkeit, wenn Rollenbilder von »richtigen Männern« und »richtigen Frauen« immer wieder aufgerufen werden. Im Feminismus sieht die extreme Rechte wiederum die Gefahr einer verweiblichten und damit verweichlichten Gesellschaft. Hier setzt ein Björn Höcke dann an und appelliert an eine soldatische Männlichkeit, um die Gesellschaft wieder wehrhaft zu machen. Gerade für jüngere Männer ist das Versprechen unheimlich attraktiv: Bei uns dürft ihr noch »echte Männer« sein und all das, was euch sonst verboten wird.

Heute inszenieren sich rechtsextreme Influencerinnen als »Tradwives«, die ihre häuslichen Tugenden zelebrieren und dabei betonen, sie würden die eigentliche Emanzipation leben, weil sie sich dem Büro-Regime im Job verweigern, um freiwillig ihrem Mann zu dienen ...

... was sehr gut in diese Strömungen passt. Im rechten Geschlechterbild gibt es keinen Platz für Queers oder feministische Frauen, sehr wohl aber für tradierte Weiblichkeit. Ein Stück weit ist das eine – allerdings sehr verkürzte – Absage an neoliberale

Leistungszumutungen. Denn dabei wird der Spielraum für Frauen auf ein patriarchal-bürgerliches Kleinfamilienleben extrem reduziert. Letztlich dienen »Tradwives« wieder nur dafür, die (Arbeits)kraft des Mannes zu stärken. Allen anderen, progressiveren Frauenbildern wird dann schnell die Weiblichkeit mit Feindbildern wie »Emanzen« oder gar »Feminazis« abgesprochen.

Sprechen solche hippen Rollenmodelle erfolgreich Jüngere an?

Ihr Einfluss kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Doch oft wird der Einfluss rechtsextremer Frauen sowohl in der Forschung als auch in der Sozialen Arbeit immer noch übersehen. Zudem werden virtuelle Welten zu wenig ernst genommen. Dabei können Rechtsextreme gerade hier durch vermeintlich harmlose und stylische Inszenierung leicht jüngere Zielgruppen erreichen – und zwar Frauen wie Männer. Sie normalisieren so in technologisch und ästhetisch moderner Form eigentlich reaktionäre Inhalte.

Auch in der völkischen Siedlerbewegung spielen Frauen eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen Etablierung, zum Beispiel in Schulen und der Jugendarbeit ...

... aber in einem ganz anderen Kontext. Die Siedlerbewegung setzt viel stärker traditionelle und »natürliche« Werte gegen die Moderne und grenzt sich damit sehr ab. Sie sind im ländlichen Raum durchaus einflussreich, werden aber nicht die urbane Mittelschicht ansprechen.

Welche Rolle spielt völkisches Denken in antifeministischen Diskursen?

Das zeigt sich schon vor Jahren in der sogenannten »Volkstod«-Kampagne: Der »böse Feminismus« würde demnach im Auftrag einer Verschwörung des »Weltjudentums« für die Degenerierung der eigenen geburtschwachen Bevölkerung und

deren Austausch durch Massenmigration sorgen. Ähnliche Vorstellungen werden immer wieder kampagnenstark neu bebildert und aufgeladen – übrigens durchaus auch in hippen Motiven. Etwa wenn eigentlich progressive Vorstellungen von sexueller Emanzipation aus den 1970-er Jahren völlig verkehrt werden. Dann wird unter dem Motto »Die Revolution beginnt im Bett« nunmehr völkisch verstanden zur Vermehrung aufgerufen – wohlgemerkt immer innerhalb der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft. Frauen haben hier ganz klassisch die Verantwortung für eine gesunde Nachkommenschaft und die Weitergabe des Erbguts.

Werden also Lust und Freiheit inszeniert statt autoritärem Verzicht und Verbot, um ein verkappt rechtes Emanzipationsversprechen zu machen?

Als Emanzipation würde ich das nicht bezeichnen, eher ein Verantwortungsversprechen. In dieser Logik können Frauen Verantwortung für die eigene Familie und damit letztlich für die Volksgemeinschaft tragen und sich selbstwirksam fühlen. Das bedeutet eine Aufwertung von Hausfrauen und vor allem von Müttern. Interessanterweise wird unter rechtsextremen Frauen auch diskutiert, inwiefern sie Kinder von mehreren Männern oder alleinerziehend aufziehen können – natürlich nur von »richtigen Deutschen«.

Rechtsextreme Diskurse eignen sich also ursprünglich progressiv gesetzte Themen an? Gibt es hier Abwege in rechtspopulistisches Denken, etwa wenn wir an Alice Schwarzers Wandel der letzten Jahre denken?

Ungeachtet ihrer früheren Verdienste würde ich sie gar nicht mehr als Feministin ansehen. Hier stellt sich die Frage, was wir unter Feminismus oder Emanzipation verstehen. Für mich kann Feminismus nur intersektional aufgestellt sein: Feminismus muss alle Frauen- und Sternchen-Identitäten in den Blick bekommen. Einen »nationalen Feminismus« gibt es für mich schlichtweg nicht...

...was verstehen Rechtsextreme darunter?

Die Neue Rechte propagiert durchaus erfolgreich so etwas wie einen »Femonationalismus«. Vorgeblich unter dem Banner der Frauenrechte geht es ihnen tatsächlich immer nur um die Rechte deutscher weißer Frauen, nie um universelle Rechte für alle Frauen. Das zeigen Reaktionen auf die sexualisierte Gewalt, zum Beispiel nach der Kölner Silvesternacht. Ein reales Problem wie die gesellschaftliche Leerstelle der verdrängten sexualisierten Gewalt gegen Frauen oder Kinder wird von der Rechten leicht besetzt und rassistisch aufgeladen: Doch anstatt tatsächlich das Problem gesamtgesellschaftlich anzugehen, projiziert die Rechte es nur rassistisch auf das Fremde und Andere. Es geht dabei immer nur um die Täter, nie wirklich um die Opfer, etwa den Schutz von geflüchteten Frauen vor sexualisierter Gewalt.

Und gleichzeitig werden Politiker beklatscht, die in Bierzelten über Prostituierte singen und das trotzig als Meinungsfreiheit verteidigt ...

Gerade das zeigt die hohe Mobilisierungskraft und Scharnierfunktion dieser Themen in die Mitte hinein. Mitunter ist bei sexistischen und antifeministischen Wellen gar nicht so leicht zu sagen, ob es von Rechtsaußen oder aus der Mitte kommt.

Dabei werden Feministinnen und LGBTIQ* von Rechtsaußen immer wieder attackiert ...

Frauen werden über Sexualisierung angegriffen: Mit dem Abstreifen von Weiblichkeit und zugleich der Androhung von sexualisierter Gewalt. Das trifft zuallererst politische Gegner*innen, aber auch in Unnade gefallene rechtsextreme Frauen innerhalb ihrer Gruppierungen. Interessanterweise sehen wir im Umgang mit queeren Personen durchaus Differenzierungen: Weibliche Homosexualität wird kaum thematisiert. Bei männlicher Homosexualität gibt es vereinzelte Ansätze, sie dann zu akzeptierten, wenn es um eine hypermaskuline, auch soldatisch verstandene Form schwuler weißer Männlichkeit geht. Bei Trans hört das auf – es gibt kaum hasserfülltere, auch gewalttätige Ablehnung als gegenüber Trans-Menschen.

Welche Rolle spielen christliche Gruppierungen und Religionsbezüge?

Das ist komplex. Kirche und Theologie setzen sich durchaus kritisch mit der Gefahr fundamentalistischer Strömungen auseinander. Zugleich bieten verbreitete Wertvorstellungen klarer Zweigeschlechtlichkeit, heterosexueller Kleinfamilie und weiblicher Unterordnung immer auch Einfallstore für rechte Ideologien, wenn sie nicht bewusst daraufhin reflektiert werden. Nicht zuletzt wird verdrängte sexualisierte Gewalt etwa im kirchlichen Umfeld immer instrumentalisierungsfähig bleiben. Umgekehrt entwickeln jedoch engagierte Christ*innen aus ihrem Glauben heraus auch ein gleichberechtigtes Menschenbild. Gerade diese innerkirchliche Auseinandersetzung ist sehr wichtig.

Prof. Dr. Esther Lehnert ist Pädagogin und forscht an der Alice Salomon Hochschule in Berlin zu Rechtsextremismus und Gender sowie zu sozialpädagogischen Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus.

Interview: **Matteo Schürenberg**, leitet die ASF-Öffentlichkeitsarbeit.

Vielfalt statt Einfalt

Die bundesweite Protestwelle entstand spontan und überraschend schnell. An vielen Orten gingen neben den schon länger Engagierten viele Bürger*innen spontan auf die Straße. Auch wenn sich große Organisationen beteiligten, prägten die vielen verschiedenen Gesichter und die persönlichen Botschaften auf selbstgemalten Schildern das Demobilid.





Unter Nazis: Jung, ostdeutsch, gegen Rechts

Jakob Springfeld im Interview über sein Engagement gegen Neonazis und das Aufwachsen in Zwickau zwischen rechtsextremer Normalisierung, ambivalenter Erinnerungskultur und progressiven Gegenwelten

ASF-zeichen: Schon als Jugendlicher hast Du Dich gegen die extreme Rechte eingesetzt – gibt es ein Schlüsselereignis für dieses Engagement?

Jakob Springfeld: 2015 wurde mein Vater in der Geflüchtetenhilfe aktiv. So lernte ich Mostafa kennen, der aus Afghanistan geflohen war. Er erzählte mir, dass für ihn hier in Deutschland die Kontinuität an Gewalt nicht vorbei war – in Form von Rassismus und Co. Ich kann zwar nicht völlig nachfühlen, wie es für Mostafa sein muss, doch das hat viel mit mir gemacht, mich politisiert. Wer betroffene Menschen kennengelernt hat, muss schon sehr ignorant sein, um von rechter Gewalt unberührt zu bleiben. Doch leider passiert genau das auch in Zwickau. Zuviel wird übereinander anstatt miteinander gesprochen. Die Gefahr der AfD erscheint dann sehr fern, weil man sich nicht selbst betroffen fühlt.

Was hat sich damals nach 2015 in der Stadt verändert – oder auch nur in Deiner Wahrnehmung der Stadt?

Mit 14, 15 Jahren habe ich mir einen Pullover mit dem Slogan »Refugees welcome« gekauft. Nach der Schule schrie mich ein älterer, angetrunkenener Neonazi an. Bis dato hatte ich mich sicher gefühlt. Das zeigte mir, wie sehr ich auch in einer Blase aufgewachsen war, obwohl ich in einer Stadt lebte, in der der NSU unter-

tauchen konnte und es massive Probleme mit Neonazis gab. Gleichzeitig lernte ich durch diese Politisierung jedoch auch viele Verbündete kennen, was umso bewegender für mich war. Es war ein Auf und Ab.

Was bedeutet es, in Zwickau als junger linker Mensch aufzuwachsen?

Nach 2015 häuften sich die Sprüche über »kriminelle Ausländer« auch unter meinen Mitschüler*innen. Man merkte bei manchen auch den Einfluss ihrer rechtsextremen Eltern. Für einen Projekttag schlug ich vor, uns regelmäßig mit Geflüchteten zu treffen. Das hat viel verändert, weil plötzlich Verbindungen entstanden und nicht mehr so einfach rassistische Kommentare gemacht werden konnten. Ich entdeckte in alternativen Jugendzentren eine ganz andere Welt. Hier gab es wenig andere Angebote, so wurde diese Welt sehr identitätsstiftend. Und auch wenn es Momente gab, wo ein Neonazi vor der Haustür stand, denke ich insgesamt eher an die schönen Momente zurück.

Wie sieht es heute in der Stadt aus?

Insgesamt ist die Stimmung immer rauer geworden, gerade auch seit der Pandemie. Die Lockdowns waren notwendig, führten aber auch dazu, dass Kids, die sonst vielleicht die Jugendarbeit erreicht hätte, an Neonazis gerieten...

... wie ging die Schule damit um?

Leider steht noch immer ein falsches Verständnis von Neutralität im Raum, sodass sich Schulen nicht aktiv gegen Rassismus oder die AfD positionieren. Wenn ich Lesungen an Schulen mache, üben bestimmte Eltern Druck auf die Schulleitungen aus. Und das setzt sich dann bis in die Kommunalpolitik fort. Die Erinnerung an die Opfer der NSU oder der Umgang mit rechter Gewalt muss im Stadtrat immer durch Einzelpersonen erkämpft werden, während etwa die Freien Wähler, CDU und FDP dann mit der AfD Gender-Verbote durchdrücken.

Wie wichtig ist es, angesichts der rechtsextremen Normalisierung dann breite Bündnisse zu bilden?

Zu bestimmten Anlässen wie dem Aufmarsch der Neonazis vom III. Weg unterschrieben zum Beispiel auch der Fußballverein FSV Zwickau und VW, die eine große Fabrik vor Ort haben, einen Aufruf. Solche breiten niedrigschwelligen Bündnisse sind sicherlich auch sinnvoll. Aber diejenigen, die ganz konkret der rechten Bedrohung ins Auge blicken, sind dann doch eher wenige, die das jedoch sehr konstant tun. Unsinnig sind Dialogforen, wo auch AfDler und Neonazis mit am Tisch sitzen und jede wirkliche Debatte sprengen. Danach sagen dann Repräsentanten, wie wichtig dieser Aus-

tausch sei – sie verstehen einfach nicht, wie die Parteilogik der AfD genau diese Bühnen nutzt, um das demokratische System zu unterlaufen.

Welche Rolle spielte da Kirche? Wurde da hin- oder weggeschaut?

Ich komme selbst aus einem christlichen Elternhaus. Manche aus der Gemeinde engagierten sich in der Geflüchtetenhilfe, andere wählten die AfD. Das führte auch bei meinen Eltern zu einer Politisierung. Nachdem sie Geflüchtete kennengelernt hatten, ihr Leben und Glauben besser verstanden, fühlten sie auch eine Art interreligiöser Solidarität.

Du gehörst zu einer jüngeren antifaschistischen Generation – was ist anders als für Leute, die in den 1990-er Jahren groß geworden sind?

Bei einer Lesung traf ich auf jemanden, der damals antifaschistisch aktiv war, viel Gewalt erlebt hatte und zwischen-durch dachte, das sei vorbei. In meinem Buch fand er viele eigene Erfahrungen. Zwar ist heute rechtsextreme Gewalt nicht ganz so geballt und allgegenwärtig, doch das liegt auch daran, dass Rechtsextreme jetzt gut repräsentiert im Stadtrat sind. Für sie liegt die Gunst der Stunde momentan nicht im Straßenkampf. In Orten, wo sie die Hegemonie haben und es wenig antifaschistischen Widerstand gibt, haben sie auch weniger Angriffsfläche. Zugleich werden die wenigen Aktiven bedroht. Diese schleichende Normalisierung ist das eigentlich Beunruhigende.

Wie verhält sich die Polizei in dieser Gemengelage?

Bei aller Kritik gibt es nun immerhin eine Ansprechperson bei der Polizei Zwickau, die einen ernst nimmt bei Anzeigen. Aber das strukturelle Problem wie institutio-

neler Rassismus in den Behörden wird immer noch verdrängt. Und wenn gerade im ländlichen Raum die Polizei bei Notrufen erst nach einer Stunde kommt, überlegen die Betroffenen sich selbst zu organisieren. Gerade in den kleinen Dörfern wie im Erzgebirge bist du noch einmal ganz anders exponiert, da weiß jeder, wo du wohnst.

Welche Rolle spielt der NSU im Selbstverständnis der Stadt?

Es wurde ein Gedenkbaum für Enver Şimşek, das erste Mordopfer des NSU, gepflanzt und kurz darauf abgesägt. Dadurch wurde überhaupt erst in der Stadt breiter bekannt, dass es diesen Baum gab. Am nächsten Tag organisierte ich eine Protestaktion. Darauf riefen viele besorgte Eltern in der Schule an, der Rektor war beunruhigt. Doch wir zogen das durch und in der Presse stellte sich der Rektor später dann hinter die Aktion. Das zeigt, dass es bei vielen Institutionen oft ums Image geht und man sich erst positioniert, wenn es nicht mehr anders geht ...

...besser ein spätes Bekenntnis, als gar keins?

Schon. Zum Beispiel haben sich auch örtliche Unternehmen für ein Gedenkzentrum positioniert, weil durch die Fremdenfeindlichkeit Fachkräfte abgeschreckt werden könnten. Das ist eigentlich ein schwaches Argument, aber wenn es zieht, um den Bau umzusetzen, ist das gut, auch wenn es mir sehr weh tut, dass das eigentliche Ausmaß der Gewalt nicht wahrgenommen wird.

Welche Bedeutung hat das Gedenken heute in der Stadt?

Gedenken wird erst einmal darauf abgeklopft, ob es nicht dem Image schaden könnte. Da stehen nicht die Betroffenen im Fokus. Wir brauchen jedoch »Geden-

ken, das verändert«, wie es die Angehörigen vom Attentat in Hanau fordern. Kleine Schritte gibt es durchaus. Das NSU-Gedenken wurde im Lehrplan meiner Schule aufgenommen, Schüler*innen setzen sich mit den Biographien der Opfer auseinander. Doch für viele ist es einfach nur nervig, sie wollen lieber die Trabant- und Schumann-Stadt sehen.

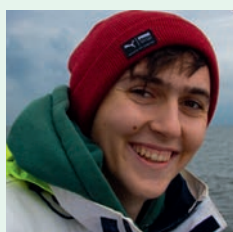
Was macht das mit den Engagierten?

Es ist aufreibend, nur als Nestbeschmutzer zu gelten. Wir wollen ja nicht die Stadt und Menschen schlechtmachen, sondern Dinge verbessern. Niemand spricht der Stadt ihre Bergbaugeschichte oder den Menschen ihre Biographie ab. Beides schließt sich gar nicht aus. Wir brauchen auch öffentliche Foren, in denen Erfahrungen gebrochener Lebensläufe nach der Wende diskutiert werden können, doch die Vereinnahmung durch Neonazis muss die rote Linie sein.

Wie siehst Du die Protestwelle seit Anfang des Jahres?

Das ermutigt, gerade auch in den kleineren Städten. Doch wir müssen das in eine dauerhafte Bewegung bringen, die sowohl gegen Rechts, aber auch gegen Zukunfts- und Transformationsängste politische Antworten und passende Formate für Engagement hat: von Klima über Soziales bis zur Demokratie. Das braucht progressive parlamentarische Arbeit, aber auch zivilgesellschaftlichen Druck auf die Politik.

Jakob Springfeld ist Student, 2002 in Zwickau geboren und aufgewachsen. Er erhielt die Theodor-Heuss-Medaille für besonderes Engagement für Demokratie und Bürgerrechte. Aktuell ist er auf Lesereise mit seinem Buch: Unter Nazis. Jung, ostdeutsch, gegen Rechts. Co-Autor: Issio Ehrlich, Quadriga Verlag, Köln 2022, 192 Seiten.



Johann aus Bielefeld geht im September nach Griechenland, um in Léchovo die Dorfgemeinschaft in Erinnerung an die NS-Verbrechen im Ort zu unterstützen.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen**

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



»Wir wollen zeigen, wie schön das Leben sein kann und wie viel in dieser Gesellschaft steckt«

Seit mehr als 20 Jahren engagiert sich **Sven Kaseler** gegen Rechtsradikalismus im ländlichen Raum in seiner Heimat Sachsen – beständig, aber kreativ gegen alle Widrigkeiten. Was braucht es nun nach den Großprotesten und wie schaut er auf die Landtagswahlen?

ASF-zeichen: Im ganzen Land gehen aktuell Menschen gegen Rechtsradikalismus auf die Straße. Sie engagieren sich schon lange für diese Ziele. Was halten Sie von der aktuellen Mobilisierung deutschlandweit?

Sven Kaseler: Das ist motivierend. Der Verein, in dem ich mich engagiere, heißt »Augen auf«, weil die Probleme mit rechter Ideologie lange unter den Teppich gekehrt wurden. Wir sind froh, dass es nun eine große Öffentlichkeit gibt und wirklich Bewusstsein dafür entsteht, dass da etwas schief läuft in unserer Demokratie. Natürlich kann man fragen: Wo waren all die Leute vorher? Haben sie nichts mitgekriegt? Aber ich sehe eher jene, die sich das ganze Jahr über engagieren und nun auch ihren Anteil an den großen Demos haben. Es ist schön, dass es das gerade gibt!

Was bedeuten die Proteste für Engagierte im ländlichen Raum, die ja nochmal öfter allein stehen als Aktivist*innen in Leipzig oder Berlin?

Die Proteste im ländlichen Raum werden natürlich eher von weniger Leuten besucht. Eine große Rolle dabei spielt, dass diese Proteste dadurch persönlicher sind. Ich meine damit – es gibt ein höheres Risiko, dass man diffamiert oder angegriffen wird und es bedeutet einfach viel mehr Mut teilzunehmen, da man eben nicht in einer anonymen Masse untergeht. Zusätzlich bedeutet es auch für die Organisator*innen viel mehr Arbeit und Risiko, da eben nicht ein großer Pool an Mitstreiter*innen vor Ort ist.

Wie geschieht das konkret?

Eine der größten Bedrohungen kommt daher, dass man versucht, die Proteste und die Menschen dahinter mittels Lügen und falscher Behauptungen zu diffamieren. So gibt es Druck auf die Presse, Lügen in den sozialen Medien, bearbeitete Bilder oder sogar veränderte Tonmitschnitte, sinnlose Anzeigen bei der Polizei und immer wieder einfach der Vorwurf, dass irgendwie eine wie auch immer geartete Antifa mitwirkt und damit alles böse sei. Das ist reiner Populismus mit dem Ziel zu diskreditieren. Wirksam leider vor allem in ländlichen Gebieten.

Haben Sie in den vergangenen Jahren Angst gehabt wegen Ihres Engagements gegen Rechtsradikalismus?

Um das zu verstehen, möchte ich ein wenig ausholen: Wir stehen seit fast 25 Jahren in der Öffentlichkeit mit unserem demokratischen Engagement, im Streben für Menschenwürde und Weltoffenheit. Ein Stück weit gab diese Aufmerksamkeit auch immer Schutz, welcher in den letzten Jahren jedoch geringer geworden ist. Wir haben zum Beispiel große antirassistische Fußballturniere veranstaltet, bei denen die Sicherheit den Großteil des Budgets verbraucht hat. Es ist immer unser Ziel gewesen, dass Menschen, die von Rechtsextremist*innen bedroht und angegriffen werden, auf unseren Veranstaltungen einen sicheren Ort finden. Daher haben wir in all den Jahren die klare Grundlage, dass solche Personen mit demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen bei unseren Veranstaltungen nichts zu suchen haben. Waren sie da, so mussten sie gehen. Das betraf manchmal sogar die Securityteams.

Werden Sie durch die Polizei geschützt?

Wir versuchen über Sicherheitspartnerschaften mit Polizei und Behörden größere Veranstaltungen abzusichern. Auch das wird nicht leichter – 20 bis 30 Anzeigen sind in den letzten Jahren einfach eingestellt worden. Diese Erlebnisse sorgen schon für ein mulmiges Sicherheitsgefühl. Jedoch gibt es Kraft und Mut sich zu verdeutlichen, dass genau das die Strategie von Einschüchterung und Bedrohung seitens rechter Strukturen ist: Es soll bewusst ein Gefühl der Angst aufgebaut werden. Wertvoll gegen die Angst sind aber immer wieder funktionierende Teams und Netzwerke, die Rückhalt und Solidarität geben. Daher ist es auch wichtig sich auf solche Situationen bereits präventiv einzustellen.

Was wollen Sie gegen diese rechte Einschüchterung setzen?

Eigentlich ist es ja frustrierend, dass es in einem Land wie Deutschland nötig ist, sich gegen Rassismus, Hetze und für die Demokratie einzusetzen. Lieber würden wir unsere Energie in andere Projekte stecken, aber leider ist unser Engagement nötig. Wir versuchen aber weniger gegen etwas zu kämpfen, als vielmehr positive Erlebnisse für unsere Themen zu schaffen.

Zum Beispiel?

Wir haben 2001 mit einem großen Open-Air-Festival in Zittau begonnen, weil die Stadt damals als »nationalbefreite Zone« galt. Da kamen 5.000 Leute, das hat uns total überrascht. Vor Wahlen machen wir eher ungewöhnliche Diskussionsabende mit den Kandidaten der demokratischen Parteien oder eigene Plakatkampagnen. Wir wollen keine Antworten geben, sondern anregen, dass Leute wirklich ins Gespräch kommen, selber nachdenken. So versuchen wir, rechter Ideologie und Verschwörungserzählungen eine andere Öffentlichkeit entgegenzusetzen. Und wo es sie noch gibt, versuchen wir, diese Öffentlichkeit zu halten und auszubauen. Man könnte fast sagen, wir sind konservativ, weil wir so um unsere subkulturellen Zentren kämpfen und versuchen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen zu bewahren. Da geht es auch um wirtschaftliche Nöte. Wir haben im Laufe der Jahre viele Materialien entwickelt, damit Leute bei Demos nicht bloß rumstehen, sondern ein ansprechendes Bild abgeben und Inhalte transportiert werden.

Welche Rolle spielt hier eine alternative Jugendarbeit – jenseits von schulischen Angeboten?

Wir versuchen von Beginn an Jugendliche und Erwachsene zu Engagement zu bewegen und Angebote zur Mitwirkung zu unterbreiten. Manch ehemaliges Mitglied hat bei uns erste eigene Erfahrungen sammeln können und ist dann seinen eigenen Weg gegangen – der Typ, der mal Kinospots für uns als Schüler auf die Beine gestellt hat, ist jetzt Produzent preisgekrönter Filme, einer von denen, die unsere Festivalidee nach Cottbus getragen haben, ist jetzt Projektleiter grenzüberschreitender Projekte in Mecklenburg-Vorpommern. Andere engagieren sich in ihren neuen Wohnorten und bringen den bei uns gesammelten Erfahrungsschatz dort ein. Dabei ist *Augen auf* nicht das Nonplusultra, nur ein kleines Rädchen im Getriebe der Jugend- und Kulturarbeit. Viele Menschen opfern ihre Ressourcen wie Zeit und Geld für eine offene, vielfältige Gesellschaft. Viele Menschen gestalten und formen unser gesellschaftliches Leben. Und sie alle stehen unter Druck und immer am Rande des Ausbrennens: Finanzierungs- und Nachwuchssorgen, Hürden durch Behörden, Gentrifizierung. Und dazu kommen jetzt noch »alternative« Bürger*innen, die nur Hass und Hetze verbreiten und denen diese freien Schaffenden ein Dorn im Auge sind. Die Zeiten werden nicht besser. Und doch versuchen auch wir hier zu unterstützen – unterbreiten Angebote, stellen Veranstaltungen auf die Beine und kooperieren mit verschiedensten Partnern in der Region, um diese zu stärken.

Regelmäßig stehen Sie auch in Zittau auf dem Marktplatz. Welche Erfahrungen machen Sie da?

Seit Corona versammeln sich auf dem Marktplatz von Zittau montags Leute, um ihren Frust, ihre Verschwörungsideen, ihre eigenen Wahrheiten untereinander auszutauschen. Nach den Enthüllungen um das Geheimtreffen von Rechtsradikalen mit Mitgliedern der AfD sind auch wir montags auf diesen Platz gegangen, denn es gab den Wunsch vieler Menschen, sich dort zu zeigen. Sie wollen klarmachen, dass sie nicht einverstanden sind mit dem, was da jeden Montag lauthals geäußert und behauptet wird.

Sehen Sie eine Chance, Menschen, die sich zu rechten Kundgebungen versammeln, für die Demokratie zurückzugewinnen?

Diese Leute finden gar nicht, dass sie der Demokratie abhandengekommen sind. Aber was sie äußern und wie sie auftreten, beißt sich mit der Vorstellung, wie man in einer Demokratie gewöhnlich zusammenlebt. Da wird schlechte Stimmung verbreitet, bei vielen fehlt schlichtweg der Anstand. Ich weiß nicht, ob man diese Leute zurückgewinnen kann. Ob das überhaupt das Ziel ist. Manche haben sicher eine gefestigte rechte Gesinnung, andere nicht, aber das ist von außen schwer zu sagen. Für uns ist es wichtig, dass Demokrat*innen ihren Unmut über diese montäglichen Versammlungen äußern können. Dafür wollen wir eine Plattform schaffen. Und wir wollen alle, die für Demokratie eintreten, in der Erkenntnis stärken, dass sie nicht allein sind. Diese 200, 300 Leute, die sich da wie eine rechte Sekte versammeln und aufspielen, sind eben nicht das Volk! Es gibt andere Haltungen, die wollen wir sichtbar machen. Das ist kein Battle, kein Kampf gegeneinander. Wir spüren nur, dass immer mehr öffentlich sagen wollen, dass sie eben nicht rechts stehen.

Wie schauen sie auf die Landtagswahlen in Sachsen?

Die Wahl und die hohen Umfrageergebnisse für die AfD mobilisieren auf alle Fälle. Wir hören von viel mehr Leuten, dass ihnen bewusster ist als bisher, dass sie über ihr zukünftiges Leben mitentscheiden. Dass die Gesellschaft gerade zwischen Gut und Böse hin und her tendiert, und die Wahl einen Unterschied machen kann. Das ist für viele ein Anreiz zu sagen, jetzt möchte ich irgendetwas tun. Ich muss etwas tun. Wir spüren auch die Unterstützung aus dem ganzen Land. Auf unserem Konto gehen spontan immer wieder Spenden für unsere Arbeit ein und wir freuen uns über jede einzelne davon.

Es gibt den Vorbehalt gegen die aktuellen Demos, dass da nur mitliefere, wer ohnehin gegen rechtsradikale Gesinnung ist? Bringen die Proteste also am Ende wenig?

Demos dienen auch der Selbstvergewisserung, aber das ist kein Argument dagegen. Für alle, die jetzt für Demokratie auf die Straße gehen, ist es wichtig zu erleben, dass sie ihre Meinung auf diese Art ausdrücken können und dass andere mitgehen. Doch der Anspruch, andere für die gute Sache zu gewinnen, ist falsch. Es geht nicht um Wettkampf. Für uns ist es wichtig, kontinuierlich an diesem Thema dranzubleiben. Demokratie ist kein Schlaglicht. Demokratie muss man beständig bewahren, man muss permanent um sie kämpfen. Das be-greifen gerade viele.

Welche Bedeutung haben dabei feste Strukturen?

Demokratie festigt sich durch die Beteiligung aller. Politische Bildungsarbeit zu jeder Zeit an jedem Ort ist geboten. Strukturen, welche freiheitlich demokratische Werte und die Menschenrechte als Grundlage haben, müssen überall geschaffen werden. Es ist sowohl Aufgabe des Staates als auch der Gesellschaft das sicherzustellen – auch mit finanziellen Mitteln. Da möchte ich explizit ein größeres Engagement der Wirtschaft anmahnen. Gerade im Osten ist es nach der Wende versäumt worden, die Chancen der Demokratie den Menschen ausreichend zu vermitteln und zu würdigen. Das rächt sich nun. Der Boden für demokratiefeindliche Kräfte ist fruchtbar, ein wenig Opferrolle und der Hinweis auf Sündenböcke als Dünger dazu und es gedeiht ein prächtiges Frust- und Wutpotential. Das kann mit etwas populistischem Geschick leicht für eigene Machtbestrebungen missbraucht werden.

Was ist die Kehrseite, wenn der Staat Demokratie fördern soll?

Wir erleben gerade auch die negativen Seiten einer staatlichen Demokratieförderung. Der Verwaltungsaufwand ist sehr hoch, weil die Förderlaufzeiten zu kurz sind. Und ändern sich die politischen Machtverhältnisse, können auch Förderprogramme geändert werden. Die öffentliche Hand macht inhaltliche und bürokratische Vorgaben. Das beschneidet uns als Träger dieser Projekte. Bei viele Förderungen bewegen wir uns eher im engen Raum einer Beauftragung. Dazu kommt die Forderung nach politischer Neutralität der Träger – oft vollkommen unsinnig und praxisfern. Damit können gezielt Projekte geschwächt werden. Demokratieprojekte, welche die Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht benennen dürfen, Integrationsprojekte welche nicht an Familienfesten der Gewerkschaften teilnehmen dürfen – ja, was soll denn das? Hier ist auf alle Fälle mehr Mut und Rückgrat seitens der Verantwortlichen gefragt. Doch leider erleben wir oft sowas wie einen vorseilenden Gehorsam.

Warum ist das Bild der vermeintlichen Neutralität schief?

Die Feind*innen der Demokratie sind radikal, fanatisch, sie sehen sich auf einer Mission, wollen ein anderes Deutschland erschaffen, eine Festung Europa. Die haben ein einfaches Weltbild. Wir sind in der Verteidigungsposition, was immer schwächer wirkt. Im Ringen um Demokratie gibt es ein ungleiches Kräfteverhältnis. Wenn ich hier zum Diskutieren an einen AfD-Stand gehe, dauert es meist nicht lang, bis mir der Mund verboten wird. Der Ton ist hasserfüllt, unfätig. Da trifft man auf wenig Vernunft, wenig Anstand, aber genau diese Werte zählen für mich. Denn darum hat die Menschheit lange gekämpft. Die sozialen Medien verstärken die Tendenz, alles in einfache

Botschaften auflösen zu wollen. Das widerstrebt der Demokratie. Als Verteidiger*innen stehen wir also vor großen Herausforderungen. Umso ermutigender ist es, dass jetzt so viele Menschen in ganz Deutschland erkannt haben, wie wichtig dieser Einsatz ist.

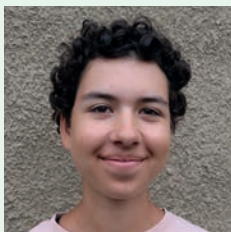
Kritische Stimmen sprechen von einer Polarisierung, die nur vertieft würde ...

Es ist ein fatales Bild immer von den gesellschaftlichen Gräben zu sprechen. Dieses Land ist ein Gebilde, was schon immer Unterschiede beinhaltet. Einerseits zum Glück im Sinne einer wertvollen Vielfalt, andererseits gibt es auch negative Polarisierung – zwischen Arm und Reich, Ost und West, Norden und Süden und so weiter. Jetzt haben wir eben Demokrat*innen und Antidemokrat*innen, Querdenkende und Geradeausschauende, Ampelfeinde und Ampelzufriedene. Na und? Deswegen spaltet sich das Land nicht. Und erst recht nicht durch Demonstrationen, die für ein friedliches Miteinander, eine freiheitliche Demokratie, für Anstand und Vernunft eintreten. Das ist die aufgeklärte, denkende Gesellschaft. Menschen, denen Gefahren aus Diktatur, Autokratie und Populismus bewusst sind, die Diskriminierung und Unterdrückung ablehnen. Gräben vertiefen sich durch Hetze und Hass, dadurch, dass Menschen in ihrer Würde verletzt und in ihrer Wertigkeit klassifiziert werden.

Doch Demonstrationen allein sind wohl kein Allheilmittel?

Nein, das sind sie nicht. Widerstand gegen die Feind*innen der Demokratie kann vielfältig sein, genauso wie auch der Einsatz für die Demokratie. Das ist unsere Stärke. Wir bei *Augen auf* wollen das in diesem Jahr mit aller Kraft ausspielen. Viel Arbeit liegt vor uns. In diesen Zeiten der Frustration und Ohnmacht macht ein großes Projekt immer besondere Vorfreude. Im Sommer planen wir in Ostsachsen ein Festival: Zwei Wochen wird es eine Vielzahl von Veranstaltungen geben, unterschiedliche Kooperationen, eine Menge Orte. Tolle Menschen werden Mut und Hoffnung aussenden. Wir wollen zeigen, was unsere Gesellschaft und die Kultur zu bieten haben: der Lethargie in der Gesellschaft mit Spaß und Freude den Marsch blasen. Wir wollen die Menschen aus dem Strudel von Klagen und Jammern, aus der eingetrichterten Opferrolle ziehen. Wir wollen allen zeigen, wie schön das Leben sein kann, wenn man mit Lust statt Frust unterwegs ist. Wir müssen nicht nur mahnen, die demokratischen Rechte wahr zu nehmen und zur Wahl zu gehen – wir wollen anregen, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Das ist gesellschaftspolitische Arbeit, die Spaß macht...

Sven Kaseler arbeitet bei der Deutschen Bahn und ist Gründungsmitglied des sächsischen Vereins *Augen auf – Zivilcourage zeigen!*, bei dem er sich bis heute in der Oberlausitz engagiert. Mehr Informationen: www.augenauf.net



Wiebke aus Birkenwerder begleitet ab September ehemalige Zwangsarbeiter*innen und hilft in einem Kulturzentrum in Tschechien.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen**

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Mehr als nur die Mitte der Gesellschaft

Bei den Protesten kamen Menschen und Initiativen aus allen Teilen der Gesellschaft zusammen. Auch die Bühnenbeiträge von Aktivist*innen und Künstler*innen waren sehr unterschiedlich. Gemeinsam war allen der Einsatz für eine demokratische und offene Gesellschaft in einem geeinten Europa – und eine klare Absage an rechtsextreme und demagogische Hetze und Gewalt.





Kein Engagement gegen Rechts ohne rassistisch-kritische Gesellschaftskritik

Özcan Karadeniz über rassistische Alltagserfahrungen als »Migrationsanderer« und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Anfang der 2000-er Jahre wurden mehr und mehr Personen aus meinem Umfeld vom Fieber des neuen »El Dorados« erfasst. Sie machten sich gen Osten nach Leipzig auf. Welch wahnwitzige Idee in meinen Augen! Mein Bild »des Ostens« war geprägt von den 1990-ern, dem ungezügelten Hass, der rohen Gewalt. Es dauerte eine Weile, bis ich den Lockrufen und der Neugier nachgab.

Bei meinen ersten Besuchen war ich fasziniert von der Stadt. Neben kargen Landstrichen lagen phantasievoll genutzte Oasen, vieles war im Umbruch, überall schienen verheißungsvolle Gestaltungsräume zu sein. Einen großen Reiz übten auch die Menschen auf mich aus, mit denen mich vieles zu verbinden schien und die dennoch so anders wirkten. Was ich vorfand, entsprach offensichtlich nicht dem, was ich mir im Vorfeld herbeifantasiert hatte. Trotz der spannenden und positiven Seiten, wirkte aber vor allem der Mangel an Diversität und das damit einhergehende unhinterfragte *weiße* Selbstverständnis abschreckend auf mich.

Trotz aller Vorbehalte verschlug das Schicksal mich ein paar Jahre später dann doch nach Leipzig. Während es in der ersten Zeit für mich noch um das Ankommen ging, breitete sich in fast allen Begegnungen etwas Ominöses aus.

Die ominöse Eisenbahnstraße

Die unterschiedlichsten Menschen wollten mit mir über die Leipziger Eisenbahnstraße sprechen. Für die Ortsunkundigen sei angemerkt, dass es sich dabei um eine einst glanzvolle Einkaufsmeile handelt, um die herum besonders viele Migrant*innen wohnen – zumindest für ostdeutsche Verhältnisse. Ich bin ein vielseitig interessierter Mensch. Mich beschäftigen gesellschaftspolitische Fragen, ich unterhalte mich gerne über Philosophisches oder fachsimpele liebend gerne auch mal über Fußball. Sprechen wollten die Menschen mit mir aber vor allem über die Eisenbahnstraße. Für sie schien ich oder das, was ich für sie repräsentierte, eine Art Katalysator und Kulminationspunkt für migrationspolitische Themen zu sein. Ich konnte den Menschen förmlich dabei zusehen, wie es sie unweigerlich zu diesem Stoff hinzog, wie Getriebene, die nicht anders können. In meiner Gegenwart wurden immer wieder negativ-pauschale Zuschreibungen in Anschlag gebracht, an mir abgearbeitet. Viele Menschen waren offensichtlich kaum in der Lage, andere Anteile meiner Identität wahrzunehmen. Wiederkehrend wurde ich auf die Figur des »Migrationsanderer«¹ reduziert.

Von solchen Erfahrungen können viele Personen of Color (PoC)² berichten. Insbesondere Männer teilen vielfach eine weitere. Gerade in den Anfangsjahren sind mir viele Male Menschen buchstäblich angsterfüllt begegnet. Sie wechselten die Straßenseite, wenn sie mich auf sich zukommen sahen, beäugten mich an der Supermarktkasse, während sie vorsichtig ihr Portemonnaie hervorkramten, drückten ihre Freundinnen beschützend an sich. Nicht selten blieben Plätze neben mir leer. In der Vorstellungswelt vieler Menschen stand ich offenbar nicht nur für das Exotische, Unbekannte, sondern auch für das Gefährliche, Unkontrollierte, potenziell Übergriffige.

Rassistisches Blickregime

Als Kind sogenannter »Gastarbeiter« kannte ich ein solches »rassistisches Blickregime«³ der hierarchisierenden Gegenüberstellung zwischen der *weißen* Dominanzgesellschaft⁴ und mir als Teil der »Anderen« nur zu gut. Mit dem Älterwerden und vor allem meinem sozialen Aufstieg wurde dieser Effekt jedoch zunehmend abgeschwächt. In meiner neuen ostdeutschen Lebenswelt bewahrte mein westdeutsch-bürgerlicher Habitus mich jedoch nicht mehr in der mittlerweile liebgewonnenen Weise vor alltagsrassistischen »Mikroaggressionen«.⁵ Misstrauen

en, Bedrohungsempfinden und die auf einer affektiven Ebene zum Ausdruck kommenden emotional-körperlichen Reaktionen waren wieder da und präsenter denn je.

Obwohl Rassismus in den letzten Jahren verstärkt in das Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft gedrungen ist und von einer zunehmend sensibilisierten Öffentlichkeit häufiger kritisch wahrgenommen und problematisiert wird, fehlt oftmals noch ein Verständnis von Rassismus als gesellschaftlichem Verhältnis. Rassistische Kontinuitäten reichen weit zurück und prägen seit langem unsere Gesellschaft.⁶ Sie sind sozial erlernt, wandeln sich und kommen in vielfältigen Facetten daher. Wir werden in rassistisch geprägte Verhältnisse hineingeboren, saugen sie seit frühester Kindheit auf.⁷ Sie werden regelrecht in uns eingeschrieben⁸ und treten, wenn sie nicht bearbeitet werden, unweigerlich gewohnheitsmäßig hervor. Sie stellen eine in die Gesellschaft eingelassene und weitgehend akzeptierte Grundlage für die Benachteiligung von Menschen dar, die als anders und fremd klassifiziert werden.⁹ Trotz eines einsetzenden gesellschaftlichen Bewusstseins für Rassismus besteht daher weiterhin eine gewisse »Schwierigkeit, über Rassismus zu sprechen«.¹⁰

Nach der Aufdeckung rechtsextremer Geheimpläne zur Vertreibung und Deportation von Menschen aus Deutschland demonstrierten zuletzt bundesweit Millionen von Menschen gegen Rechts. Die Dimensionen der Proteste sind historisch und viele von Rassismus Betroffene sind extrem dankbar über den Impuls, der eine solche Empörungswelle ausgelöst und die Menschen aus der Lethargie geführt hat. Und dennoch kommen viele nicht umhin zu denken: Endlich! Endlich, angesichts der Anschläge von Hanau und Halle, angesichts der Mordserie des NSU, der Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen und Halle, der Brandanschläge von Mölln und Solingen – um nur einige der bekanntesten Vorfälle zu nennen. Mindestens 219 Menschen, so zeigen es Recherchen¹¹, sind allein seit 1990 durch rechtsextreme Täter*innen in der BRD ermordet worden.

Gewalt kommt aus der »Mitte der Gesellschaft«

Der Nährboden für diese Gewaltbereitschaft wird zumeist in der »Mitte der Gesellschaft« geschaffen. Seit vielen Jahren nun können wir beobachten, wie wiederkehrend rassistische Aussagen um sich greifen, wie sie von demokratischen Parteien und ihren Politiker*innen aufgegriffen und auch medial verstärkt werden. Mit rassistischen Parolen werden Schlagzeilen, wird Stimmung gemacht, mit ihnen werden regelmäßig Wahlen gewonnen. Rechtsextreme Gewalttäter sehen sich als ausführende Instanz eines allgemeinen Willens. Sie sind der Ansicht, dass sie gesellschaftliche Stimmungslagen aufgreifen und in Taten umsetzen.

Rechtsextreme Parteien sind auch deshalb so erfolgreich, weil rechtes Gedankengut einen großen gesellschaftlichen Resonanzraum hat. Wenn wir Rechtsextremismus nicht nur als Symptom, sondern nachhaltig bekämpfen wollen, dann müssen wir uns unweigerlich auch tiefergehend mit Rassismus auseinandersetzen. Gerade aber, wenn soziale Ungleichbehandlung gesellschaftlich tradiert ist, sich in Diskursen und Strukturen widerspiegelt und somit eine Art gelebte Normalität darstellt, entsteht ein System sich gegenseitig stützender Wissensbestände und diskriminierender Praxis.¹² Ein solches System infrage zu stellen, ist herausfordernd. Mehr noch, weil etablierte Sinnzusammenhänge und die eigenen Wahrnehmungsroutinen betroffen sind. Angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Dynamiken wird es jedoch höchste Zeit. In diesem Sinne: Lasst uns mutig sein!

Özcan Karadeniz ist Geschäftsführer des Dachverbands *sächsischer Migrant*innenorganisationen* (DSM). Er ist Trainer und Referent im Bereich rassismuskritischer und politischer Bildungsarbeit und entwickelt unterschiedliche Bildungs- und Vermittlungsformate.

- 1 Mit der Bezeichnung des Migrationsanderen verweist Mecheril auf die rassistische Konstruktion und Hervorhebung bestimmter »natio-ethno-kulturell Anderer« und betont, dass es Migrationsandere nicht an sich gibt, sondern dass sie nur in Relation zu »Nicht-Migrationsanderen« diskursiv erzeugt werden. Vgl. Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim.
- 2 Der Begriff (häufig auch People of Color) beschreibt Personen oder Gruppen, die Rassismus ausgesetzt sind und aufgrund körperlicher und kultureller Fremdzuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft als »anders« und »nicht zugehörig« wahrgenommen bzw. definiert werden.
- 3 Du Bois beschreibt bereits 1903 den Prozess der rassistischen Stigmatisierung und den Ausschluss aus der Norm und der symbolischen Ordnung. Wenn demnach weiße Subjekte auf symbolischer Ebene als Ideal auserkoren werden, dann erscheinen rassifizierte Subjekte als minderwertige und veränderte. Vgl. Du Bois, W. E. B. (1903): *The Souls of Black Folk. Essays and Sketches*, Chicago.
- 4 Vgl. Rommelspacher, Birgit (1995): *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin.
- 5 Vgl. Pierce, Chester M. (1970): *Offensive Mechanisms*, in: Barrington Barbour, Floyd (Hrsg.): *The Black Seventies*, Boston, S. 265–282.
- 6 Vgl. u. a. Geiss, Immanuel (1988): *Geschichte des Rassismus*, Frankfurt am Main; Kilomba, Grada (2008): *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*, Münster.
- 7 Vgl. Wollrad, Eske (2011): *Kinderbücher. Koloniale Echos – Rassismus in Kinderbüchern*, in: Susan Arndt und Nadja Ofuately-Alazard (Hrsg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache*, Münster, S. 379–388.
- 8 Die US-amerikanische Philosophin Judith Butler beschreibt bezugnehmend auf Franz Kafka die leibliche Einschreibung von Machtverhältnissen in Körper.
- 9 Balibar, Étienne (1992): *Gibt es einen »Neo-Rassismus«?* In: Étienne Balibar/Immanuel Wallerstein (Hrsg.): *Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten*, 2. Aufl. Hamburg/Berlin, S. 23–38.
- 10 Mecheril, Paul/ Melter, Claus (2010): *Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus*, in: do Mar Castro Varela, Maria u. a. (Hrsg.): *Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive*, Weinheim u. Basel, S. 150–178, hier: 162.
- 11 Amadeu Antonio Stiftung: *Todesopfer rechter Gewalt – Diskrepanz bleibt weiter bestehen*: www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/ [Abruf 12.03.2024].
- 12 Vgl. Terkessidis, Mark (2004): *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*, Bielefeld, S. 100–109.

Stimmungswandel in Polen

Die polnischen Parlamentswahlen 2023 zeigen, dass die europäischen und rechtsstaatlichen Werte 20 Jahre nach dem EU-Beitritt für eine wiedererstarkte Zivilgesellschaft immer noch sehr wichtig sind. Doch es gibt nach der langen Regierungszeit der *PiS* starke Gegenkräfte. Wie kam es zu dieser gesellschaftlichen Wende?

Dr. Agnieszka Łada-Konefał

2023 ging bei den Parlamentswahlen eine Rekordzahl von mehr als 74 Prozent der wahlberechtigten Polinnen*Polen an die Urnen. Es war die Mobilisierung vieler, die zuvor nicht an den Wahlen teilgenommen hatten, die zum Sieg der liberalen Oppositionsgruppen und einer erneuten Regierung unter Premierminister Donald Tusk führte. Dafür gab es mehrere Gründe.

Stimmungswandel vor der Entscheidungswahl

Nachwahl-Befragungen zeigten vor allem die hohe Unzufriedenheit: Frustration über die wirtschaftliche Situation, die Arroganz der Macht oder die Missachtung der Frauenrechte. Die Ablehnung der *Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS)* war auch ein Ausdruck des Protests gegen die Einschränkung von Freiheitsrechten, Eingriffen in die Privatsphäre und der persönlichen Lebensweise. Diese emotionale Distanz zur *PiS*-Regierung war oft ein stärkeres Motiv als der Wunsch, eine bestimmte Partei zu unterstützen. Für junge Wähler kam die *PiS* oft nicht in Frage weil, sie sich viel zu konservativ und altmodisch darstellte.

Zweitens war das Gemeinschaftsgefühl ein mobilisierender Faktor. Dazu trugen die von der *liberalen Bürgerkoalition (KO)* organisierten »Märsche der Millionen Herzen« in Warschau bei. Die Zivilgesellschaft hat in den letzten acht Jahren unzählige Protestaktionen auf der Straße wie online organisiert. Es gab eine noch nie dagewesenen Anzahl von Kampagnen zur Wahlbeteiligung, die sich vor allem an Frauen und jüngere Wählende richteten.¹ Die hohe Mobilisierung unter den im Ausland lebenden Polinnen*Polen wiesen schon im Vorfeld auf die Relevanz dieses Wahlgangs hin. Am Wahltag selbst waren die langen Schlangen vor den Wahllokalen, über die in den Medien berichtet wurde, ein mobilisierender Faktor.

Die Rolle der Frauen bei den Wahlen

2023 lag der Schwerpunkt des Wahlkampfs auf der Zielgruppe der Frauen.² Analysen deuteten darauf hin, dass Frauen die attraktivste Zielgruppe sind, um den Wahlausgang zu beeinflussen. Die Parteien sprachen dabei vor allem Gleichstellungsfragen sowie die reproduktive Gesundheit und das Recht auf Abtreibung an. Dagegen tauchten die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Gewalt gegen Frauen nur sehr selten in den Wahlprogrammen auf.

Schließlich lag die Wahlbeteiligung der Frauen leicht über der der Männer, wie schon 2019 und im Gegensatz zu 2015. Frauen gaben 2023 56,1 Prozent ihrer Stimmen für die Opposition (*Bürgerkoalition/KO, die Linke* und den *Dritten Weg*) ab und damit sechs Prozentpunkte mehr als männliche Wähler. Insgesamt 46,5 Prozent der Stimmen entfielen auf die *PiS* und die *Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit*.

Gezielte antideutsche Rhetorik

Die positive Botschaft der Opposition stand im Gegensatz zum konfrontativen *PiS*-Kurs, insbesondere in Bezug auf Europa und Deutschland. Der Umgang mit Deutschland und den Deutschen nahm schon seit Jahren immer schärfere Formen an. Der deutsche Botschafter wurde auf Plakaten neben Hitler gestellt und die Bundesrepublik beschuldigt, den polnischen Staat liquidieren zu wollen. Jarosław Kaczyński zufolge wollten die Deutschen Polen immer schon dominieren.

Ständig präsent waren auch die Reparationsforderungen. Die entsprechende diplomatische Note wurde am 3. Oktober 2022 an die Bundesregierung geschickt, enthielt aber nicht

das Wort Reparationen selbst, obwohl die PiS gerade davon immer sprach. Ihr zufolge entzieht sich Berlin immer noch der Verantwortung für die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs, in dem es sich massiv auf Kosten Polens bereichert hatte. Auf Wahlveranstaltungen und in den Medien wurden immer wieder die Kriegsfolgen und die entsprechenden Entschädigungen betont. Das war ein bewusster Schachzug, der sich nicht an Deutschland oder die internationale Meinung, sondern vor allem an die eigene Klientel richtete. Mit einem klaren Feindschema sollte von der innenpolitischen Situation abgelenkt werden. Die PiS präsentierte sich als die einzige Kraft, die Forderungen an Deutschland stellt und beschuldigte die Opposition, angeführt von Donald Tusk zu passiv gegenüber ihrer heimlichen Schutzmacht in Berlin und Brüssel zu sein.

Die PiS-Rhetorik brachte die progressiven Kräfte, insbesondere die Partei von Donald Tusk, in eine schwierige Lage. Die Reparationsforderungen und vor allem die Art und Weise, wie die PiS sie ausspielte, wurden von der Opposition abgelehnt. Gleichzeitig sind auch die liberaleren Parteien wie auch die gesellschaftliche Mehrheit der Ansicht, dass Deutschland zu wenig getan hat, um das Leid angemessen anzuerkennen und zu entschädigen. Auch das deutsche Unwissen über die polnische Geschichte und Gegenwart schmerzt bis heute. Die damalige Opposition wollte daher die deutsche Position nicht verteidigen oder die engen Beziehungen zu den deutschen Partner*innen zu sehr betonen, da dies von den Wähler*innen als zu deutschfreundlich missverstanden werden könnte.

Wie steht es um die gesellschaftliche Stimmung?

In Studien wird das jeweilige Bild Polens und Deutschlands im Nachbarland untersucht.³ Wie in den Vorjahren zeigten auch 2023 die größten Gruppen der Befragten eine positive Meinung über den Staat Deutschland. Ähnlich ist die Einstellung gegenüber den Deutschen als Gesellschaft (50 Prozent bekunden Sympathie, nur 15 Prozent Abneigung). Die Resultate sind sogar noch besser, wenn man nach der Einstellung zu Deutschen in bestimmten Rollen fragt. Mehr als 80 Prozent der Polen hätten nichts gegen Deutsche als Arbeitskolleg*innen oder Nachbar*innen. Auch in Rollen, die mit Abhängigkeit verbunden sind – Unternehmenschef*in oder direkte Vorgesetzte –, akzeptiert ein ähnlicher Prozentsatz eine Person aus Deutschland. Und selbst in den Rollen, die aufgrund ihrer hohen Emotionalität am stärksten mit Skepsis behaftet zu sein scheinen (Freundschaft und Familie), sind 80 Prozent der Befragten offen für Deutsche.

Gibt es dennoch eine relevante Gruppe, an die die rechten Parteien in Polen ihre antideutsche Botschaft richten? Analysen belegen, dass solche konsequent antideutschen Wähler*innen im einstelligen Prozentbereich sind. Betrachtet man jedoch den Ton der PiS-Rhetorik, so waren diese recht wenigen Stimmen für die PiS-Kampagnen von entscheidender Bedeutung. Seit Jahren versucht diese Partei sicherzustellen, dass rechts von ihr keine bedeutende Kraft erwächst. Inzwischen sind sowohl *Solidares* (später umbenannt in *Souveränes Polen*), der PiS-Koalitionspartner, als auch *Konföderation* in den letzten Jahren zu rechten Konkurrenten geworden. So kämpft die PiS mit allen möglichen Mitteln um jeden Prozentpunkt am rechten Rand.

Kommunalwahlen – der erste Test nach Oktober 2023

Der Test, wie fest die hohe Wahlbeteiligung und die Unterstützung für die demokratische Koalition sind, waren die Kommunalwahlen im April 2024. In den Regionalparlamenten gewann zwar polenweit die PiS (34 Prozent) vor der regierenden *Bürgerkoalition* (KO) (31 Prozent), aber in elf der 16 Regionen siegte die heutige Regierungskoalition. In den größten Städten gewannen die KO-Kandidat*innen oft schon in der ersten Runde deutlich.

Die Wahlbeteiligung lag mit knapp über 50 Prozent weit unter der vom Oktober 2023, wobei nun deutlich weniger junge Wahlberechtigte zur Wahl gingen. Eine relativ hohe Beteiligung gab es in den Regionen, die mit der PiS assoziiert sind. Allgemein besteht ein geringeres Interesse an Kommunalwahlen und es gab wenig Mobilisierungsthemen für die Jungen. Die PiS-Kernwählerschaft ist wiederum sehr treu. Dies kann auch als rote Karte für die KO gewertet werden.

Der nächste Test sind für alle Parteien die Europawahlen. Von der PiS ist eine heftige antieuropäische Rhetorik zu erwarten. Alle bereiten sich aber schon auf die Präsidentschaftswahlen 2025 vor. Von dieser Wahl hängt ab, ob die künftige Präsidentschaft weiterhin die Gesetze der liberalen Regierung unter Tusk mit dem Veto blockiert.

Dr. Agnieszka Łada-Konefal ist stellvertretende Direktorin am *Deutschen Polen-Institut*.

- 1 Laut der *Stefan-Batory-Stiftung* gab es 27 Kampagnen.
- 2 Vgl. Institut für öffentliche Angelegenheiten in Warschau 2023.
- 3 Vgl. Deutsch-Polnisches Barometer: www.deutsch-polnisches-barometer.de

Wie weiter nach der Correctiv-Recherche?

Mit ASF und BAG K+R entschieden gegen die extreme Rechte

Henning Flad und Jutta Weduwen

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus (BAG K+R)* wurde 2010 gegründet und ist ein Projekt von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*. Die BAG K+R wirkt an der Schnittstelle zwischen Kirche und Zivilgesellschaft und gehört seit 2020 dem bundesweit wirkenden *Kompetenznetzwerk Rechts-extremismusprävention* an. Ziel ist, vernetzt und entschieden der extremen Rechten entgegenzuwirken und ein demokratisches und vielfältiges Miteinander zu fördern.

Seit dem Herbst 2023 zeigt sich in Deutschland ein neues Niveau an Zustimmung für rechtsextreme Haltungen. Die Wahlergebnisse der AfD in Hessen und Bayern bei den Landtagswahlen sind ein Einschnitt – seit Jahrzehnten hatte keine rechtsextreme Partei bei Wahlen in westdeutschen Bundesländern derartige Ergebnisse erzielen können. Die Umfragergebnisse für die AfD bundesweit und insbesondere in Ostdeutschland sind ebenfalls besorgniserregend, und sie bewirken bereits vor den Wahlen des Jahres 2024 politische Veränderungen. Wie menschenverachtend ist, was in den tonangebenden Kreisen der extremen Rechten gedacht, gesagt und angestrebt wird, zeigte auch für eine größere Öffentlichkeit die Anfang 2024 veröffentlichte Recherche von *Correctiv*: Unter der Überschrift der »Re-Migration« diskutierten Rechtsextreme bei einem Treffen in Potsdam über die Ausweisung von Millionen Menschen mit Zuwande-

rungsgeschichten. Antisemitische und rassistische Äußerungen und Übergriffe sind in den letzten Monaten erschreckend gestiegen.

Gleichzeitig gingen seit der *Correctiv*-Veröffentlichung der menschenverachtenden Pläne seit Jahresbeginn rund zwei Millionen Menschen auf die Straße, um sich kreativ und lautstark für Demokratie und Vielfalt einzusetzen und eine Brandmauer gegen die extreme Rechte zu bilden.

Die Rede von der »Rettung des christlichen Abendlandes« gehört zu den wichtigsten Erzählungen der extremen Rechten aus den letzten Jahren. »Christliche« Töne aus diesem Milieu – das ist ein relativ neues Phänomen. Mit diesen Umarmungsversuchen und mit den Wahlergebnissen müssen sich die Kirchen auseinandersetzen. In der rechtsextremen Agitation gegen eine angeblich drohende »Islamisierung« gewann ein identitärer Bezug auf das Christentum an Bedeutung. Weite Teile der extremen Rechten orientierten sich weg vom Neonazismus und hin zu einem etwas bürgerlicheren Auftreten. Diese strategische Neuorientierung, verbunden mit einer vermeintlichen Hinwendung zum Christentum, war die Voraussetzung für die heutige Stärke dieses Milieus. Die BAG K+R und ASF beschäftigen sich deshalb seit langem intensiv mit den Versuchen von Rechtsaußen, das Christentum für sich zu instrumentalisieren.

Extreme Rechte nicht mehr tabu

Es gibt ein neues Selbstbewusstsein unter rechtsextremen Aktivist*innen, das wird aktuell in vielen rechtsextremen Veröffentlichungen oder Veranstaltungen deutlich. Davon zeugt auch die Haltung, rechtsextreme Positionen immer unverblümt zu äußern – ob in Schulen, Vereinen oder im familiären Kontext, wie aus zahlreichen Berichten von mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus und auch von Teilnehmenden vieler Veranstaltungen von BAG K+R und ASF hervorgeht.

In einer Umfrage von *Infratest Dimap* aus dem September 2023 stimmten 80 Prozent der Befragten folgender Aussage zu: »Es ist mir egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht.« Rechts-extrem zu sein, ist immer weiter enttabuisiert – und auch die Debatte über das Flugblatt von Hubert Aiwanger im Vorfeld der bayerischen Landtagswahlen sowie die danach gestiegene Stimmenanzahl für die Freien Wähler illustrierte dies.

Lokale Dominanzräume, bedrohte Engagierte

Die Stärke der AfD führt auch zu subtilen Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen, als dies nur in Wahlergebnissen ablesbar ist. Sie verschiebt

auch die sozialen Normen vor Ort. Wer als der Bundesregierung nahe stehend wahrgenommen wird, wer sich für Demokratie und Vielfalt einsetzt, kann in manchen Gegenden eher mit Ablehnung rechnen als bei AfD-Nähe. Das hat in den Kommunen zahlreiche Auswirkungen: Institutionen der politischen Bildung, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, werden seltener in Schulen eingeladen, weil Schulleitungen sich Ärger mit AfD-wählenden Eltern ersparen wollen. Städtische Räume sind für Veranstaltungen, die sich kritisch mit der extremen Rechten befassen, manchmal nicht mehr verfügbar. Auch einige Kirchengemeinden positionieren sich nicht mehr eindeutig gegen Rassismus und die extreme Rechte, weil sie schwierige Diskussionen vermeiden wollen.

Wir hören, dass vor allem im ländlichen Raum die Bedrohungen von Menschen zunehmen, die nicht in die Ideologie der extremen Rechten passen oder sich klar gegen Demokratiefeinde engagieren. Die Folgen beschränken sich nicht allein auf das berufliche Umfeld der Betroffenen, sondern haben auch Auswirkungen auf ihr Privatleben. So berichteten etwa im November 2023 Menschen aus kirchlichen Einrichtungen die über ein Projekt zur Demokratieförderung zu Multiplikator*innen ausgebildet wurden, dass die Reaktionen auf sie und ihre Arbeit mittlerweile derart eskaliert seien, dass sie ihre Arbeit als Berater*innen in der bisherigen Form nicht weiter umsetzen wollen oder können.

In einer Veranstaltung der BAG K+R im März 2024 sprachen Menschen, die bei kirchennahen Trägern tätig sind, von massivem Druck im ländlichen Raum vor allem auf Mitarbeitende aus der Migrationsberatung. Viele Betroffene mögen ihr Engagement oder ihre berufliche Tä-

tigkeit deshalb aus Angst vor Angriffen und Beleidigungen nicht überall zeigen. Das führt dazu, dass Engagierte sich aus dem öffentlichen Raum zurückziehen und in lokalen Verbänden oder kirchlichen Gremien nicht mehr vertreten sind.

Was können wir tun?

Die Angriffe gegen Jüdinnen*Juden, Menschen mit Zuwanderungsgeschichten und gegenüber Engagierten nehmen weiter zu. Es ist unsere Aufgabe, diese Angriffe ernst zu nehmen und jeder Form von Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Dafür ist es notwendig, Koalitionen zu bilden, eindeutige Reaktionen von Politiker*innen und öffentlichen Stellen zu fordern und den Schutz der betroffenen Menschen zu gewährleisten. Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit dürfen nicht unwidersprochen bleiben, es handelt sich um Beleidigungen, Übergriffe und oft auch um Straftaten.

Die Demonstrationen für Demokratie und Vielfalt, die in den letzten Monaten stattgefunden haben, machen uns Mut. ASF und BAG K+R haben zu diesen Demonstrationen mit aufgerufen, weitere Aktionen werden in den sozialen Netzwerken und auf der Homepage veröffentlicht. Wir werden weiterhin in Texten und Veranstaltungen vor den politischen Zielen der extremen Rechten warnen und deren Aktivitäten analysieren. ASF und die BAG K+R führen regelmäßig Veranstaltungen durch und haben verschiedene Publikationen herausgegeben.

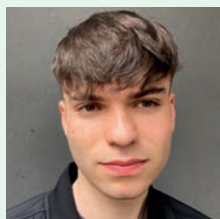
Derzeit wird über ein Verbotssverfahren gegenüber der AfD diskutiert. Für ein Verbot spräche vor allem der Schutz der Menschen, die von der extrem rechten Ideologie abgewertet, ausgegrenzt und

abgeschoben werden. Es würden weniger finanzielle Mittel für Verfassungs- und Demokratiefeinde zur Verfügung gestellt und die Kräfte würden gestärkt, die sich für Solidarität, Menschenwürde, Vielfalt und Gleichberechtigung stark machen. Gegen ein Verbot spräche, dass in einer Demokratie Differenzen nicht juristisch, sondern politisch ausgetragen werden sollen, ein Verbot dem demokratischen Prinzip widerspräche und dass die extreme Rechte in einer Märtyrer-Haltung noch gestärkt werden könnte. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die AfD eine breite Bevölkerung repräsentiert. Diese Debatte ist komplex und kontrovers. ASF und BAG K+R möchten durch Veranstaltungen und Publikationen einladen, Debatten nachzuvollziehen und sich eine Meinung zu bilden.

2024 finden Kommunalwahlen, Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie die Europawahl statt. Ein Erstarren der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien hätte nicht nur Auswirkungen für alle Menschen, die von der rechtsextremen Ideologie ausgegrenzt und abgewertet werden, sondern könnte die wichtige Arbeit der Gedenkstätten, der Träger der Demokratiebildung sowie der Initiativen zur Förderung von Gleichberechtigung, Vielfalt und Inklusion massiv einschränken. Mit einer Kampagne und breiter Netzwerkarbeit werden wir die Beteiligung an diesen Wahlen und die Stimmabgabe für Demokratie und Menschenwürde fördern.

Ein regelmäßig aktualisierter Überblick über bundesweite Veranstaltungen: www.demokrateam.org.

Mehr Informationen über die Arbeit und Kampagne ab Frühsommer sowie Publikationen zum Download: bagkr.de



Raul aus Berlin unterstützt ab September in einem Diakoniezentrum Geflüchtete und Wohnungslose in Haarlem, Niederlande.

Freiwillige ein Jahr begleiten, Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Hand in Hand mit ASF

Die Welle an rassistischer und antisemitischer Gewalt, Angriffe auf Gedenkstätten und auf die Erinnerung an die NS-Verbrechen treffen ASF und viele Partnerorganisationen. Mitglieder, Freiwillige und Mitarbeiter*innen von ASF nahmen gemeinsam an den Protesten in Berlin und anderswo teil. ASF plant mit der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* eine Kampagne zu den anstehenden Wahlen.





Begegnungen fürs Leben – warum ich mich gegen Rechtsextremismus engagiere

Friedemann Bringt



Mit meinem Freundeskreis Mitte der 1980-er Jahre in Ostsachsen fuhren wir immer in Gruppe zur Disko, denn ein Freund war als Person of Colour stets von rassistischen Angegriffenen gefährdet. Alltagsrassismus ist kein neues Phänomen.

Als Freiwilliger in der Jüdischen Gemeinde Prag betreute ich Überlebende der Shoah. Hier lernte ich Menschen kennen, die sich trotz ihres unermesslichen Leids eine Menschenliebe und ein lebensbejahendes Engagement bewahrt hatten. Ihre Lebensberichte beeindruckten mich. Sie waren sich in einem einig: Nie wieder. Sei wachsam gegenüber Antisemitismus und Rassismus – jeden Tag.

Heute auf den Demos gegen die AfD zeigen das Transparente vielfach: »Nie wieder ist jetzt!«. Eigentlich galt es schon immer. Es ist gut, dass sich immer mehr Menschen bewusstwerden, wie brandgefährlich unsere gesellschaftliche Entwicklung ist – in ganz Europa und bei uns in Deutschland: Thüringen,

Sachsen und Brandenburg wählen ihre Landtage. In manchen Regionen stehen aufrechte Demokrat*innen beinahe alleine gegen eine immer mächtigere Melange aus Neonazis, Reichsbürger*innen und reaktionären Besitzstandswahrer*innen, wie sie die AfD vereint.

Von den Shoah-Überlebenden können wir lernen: Aufgeben ist keine Option. Wer sich gegen Rassismus und Antisemitismus engagiert, kann Hoffnung haben. Die Begegnungen mit solchen Menschen prägen mich bis heute. 2001 gründete ich mit Kolleg*innen die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus* im *Kulturbüro Sachsen*. 2010 hoben wir mit ASF die *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* in Dresden aus der Taufe. Seit 2017 kann ich Beratungsteams gegen rechtsextreme Gewalt bundesweit unterstützen – mit Fortbildungen und lokaler Netzwerkarbeit. Das bleibt dringend nötig.

Friedemann Bringt ist Sozialpädagogin und Fachreferent im *Bundesverband Mobile Beratung*. Er lebt und arbeitet in Dresden.

Uns eint die Hoffnung auf solidarische Bündnisse – und die Sorge vor den Wahlen in den USA wie hier

Heike Kleffner



Ein Gespräch mit einem befreundeten Schwarzen Journalisten, Ende der 1980-er Jahre in Washington D. C.: Wir hatten uns während meines ASF-Freiwilligendienstes beim *Washington Peace Center* kennengelernt und planten eine Reportage über Mumia Abu-Jamal. Der ehemalige *Black Panther*-Aktivist kämpfte damals in einem Hochsicherheitsgefängnis einer Kleinstadt in Pennsylvania gegen seine geplante

Hinrichtung. »Ich kann nicht mit dem Auto durchs ländliche Pennsylvania fahren«, sagt der Kollege. »Den rassistischen Polizeikontrollen und den Ku-Klux-Klan-Aktivisten, denen wir auf dem Weg dahin begegnen, werde ich mich nicht aussetzen.«

Mehr als drei Jahrzehnte später führe ich ähnliche Gespräche mit Schwarzen Kolleg*innen, wenn es um unsere Berichterstattung über rassistische Aufmärsche oder AfD-Veranstaltungen geht – nicht nur, aber überwiegend in Ostdeutschland.

Im vom »War on Drugs« bestimmten Washington haben mich damals Gespräche über Rassismus und Antisemitismus, no-go-areas, aber auch über den alltäglichen Widerstand gegen ras-

sistische und antisemitische Gewalt geprägt. Sie begleiten mich seitdem in meinem politischen und beruflichen Engagement.

Ob die Perspektive der Angegriffenen und Betroffenen gesellschaftlich und politisch gehört wird, ist immer auch ein Gradmesser für die demokratische Verfasstheit. Dass so viele nun demonstrieren, ist für viele Angegriffene eine Ermutigung. Doch was jetzt fehlt, ist ein klares politisches Signal – ein AfD-Verbotsverfahren. Der Rechtsstaat muss sich gegen seine Feinde verteidigen, sagt der Kollege aus Washington, mit dem ich bis heute im Kontakt bin. Was uns eint: Die Hoffnung auf solidarische Bündnisse, die auch Widersprüche und Streit aushalten. Und die Sorge vor den Wahlen hier wie in den USA.

Heike Kleffner ist freie Journalistin und Geschäftsführerin des *Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)* www.verband-brg.de. Sie war 1985/1986 als ASF-Freiwillige im *Washington Peace Center* und ist Mitherausgeberin der aktuellen Bücher »Staatsgewalt: Wie Rechtsradikale die Sicherheitsbehörden unterwandern« (Herder Verlag 2023) und »Report 2024: Recht gegen Rechts« (Fischer Verlag 2024).

Wir müssen Rassismus im Plural denken und bei uns selbst beginnen

Éva Ádám

Mein Engagement gegen Rassismus, besonders den Rassismus gegen Sinti*zze und Romn*ja, ist für mich persönlich wie beruflich sehr wichtig. Schon in Ungarn engagierte ich mich als Teenagerin in Projekten und auf Demos.

Die Rassismen gegen Sinti und Roma haben Jahrhunderte überlebt, sich mit dem Wandel der Gesellschaft verändert und überlagert. Wir leben heute in einer Gesellschaft, die einen Holocaust mit zwei Genoziden zu verantworten hat. Diese Geschichte wurde nie ernsthaft aufgearbeitet.

Rassismen müssen wir im Plural denken, denn sie können Menschen mit unterschiedlichen Identitäten mehrfach treffen. Wichtig dabei ist, dass sich alle ihrer eigenen gesellschaftlichen Rolle bewusstwerden, um die eigenen Vorurteile wahrzunehmen und anzugehen.

Doch ich frage mich: Hat die Gesellschaft überhaupt ein Interesse, sich ernsthaft damit zu befassen? Viele bangen um ihre Macht, denn sie mussten über Jahrzehnte gar nicht mit Minderheiten wie uns debattieren.

Ich hoffe, dass unser Engagement etwas ändert. Doch vor allem wir Roma-Frauen sind immer noch sehr unterrepräsentiert – das hat auch mit den Ängsten und Traumata zu tun, die über die Generationen weitergegeben wurden.

Es ist gut, dass sich gerade so viele Menschen gegen die Politikverdrossenheit stellen – solange sich das nicht nur auf einen Demo-Besuch beschränkt, sondern der ganze Kontext verstanden wird.

Éva Ádám lebt in Berlin und ist in verschiedenen rassismuskritischen Projekten engagiert. Sie hatte 2017 bis 2024 die pädagogische Leitung *Amaro Drom* inne und dabei mit ASF in verschiedenen Seminarreihen zusammengearbeitet.



Im Rückblick waren die Alarmzeichen in Russland eindeutig

Robert Kusche

Als ich vor 20 Jahren als Freiwilliger nach Moskau ging, lernte ich ein zerrüttetes, aber faszinierendes Land kennen. Wladimir Putin hatte gerade seine erste Präsidentschaft übernommen, und Russland befand sich im Zweiten Tschetschenienkrieg. Im Rückblick ist deutlich zu erkennen, dass bereits damals die Möglichkeiten für eine demokratische Zivilgesellschaft immer enger wurden. Extremismusgesetze, aufkommender Nationalismus und unterdrückte Medien waren Alarmzeichen. Trotzdem war meine damalige Perspektive geprägt von Hoffnung und Unbeschwertheit. Besonders erinnere ich mich an das Sommerlager auf der Solowezki-Insel im Weißen Meer, wo das erste und wohl bekannteste Lager für politische Häftlinge unter Stalin entstand.

20 Jahre später stirbt Alexej Nawalny unter ungeklärten Umständen in einem russischen Lager am Nordpolarkreis, und Tausende legen Blumen am Solowezki-Stein in Moskau nieder, einem Erinnerungsort für die Opfer politischer Repressionen in der Sowjetunion.

Russland und sein Krieg gegen die Ukraine spielen insbesondere in Ostdeutschland eine wichtige Rolle. Auf Demonstrationen von AfD und Rechtsextremen, aber auch in sich selbst

als »links« bezeichnenden Kreisen herrscht eine Russland-Affinität vor, die geschichtsvergessen auf die Situation blickt. Russland ist der Aggressor und alles andere als ein gesellschaftspolitisches Vorbild. Es zeigt eindeutig, wohin Autoritarismus, Geschichtsverklärung, Nationalismus und Missachtung von Minderheitenrechten führen können: in Richtung Krieg. Die Sympathie der deutschen Rechten für ein autoritäres Russland ist daher kein Zufall. Wir müssen uns klar gegen autoritäre Strömungen, die Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit sowie gegen die Verfolgung von Minderheiten stellen. Und uns für die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt einsetzen. Die Demonstrationen der letzten Wochen sind dafür ein kraftvolles Signal.

Robert Kusche, Programmverantwortlicher Deutschland der *DROSOS STIFTUNG* und Vorstand im *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e. V.)*. Er war 2003/2004 als ASF-Freiwilliger in Moskau bei *MEMORIAL* und beim *Civic Assistance Committee*.



Ich mache mich für etwas stark – nämlich für Vielfalt

Billy Wagner



An der Tür meines Speiselokals, dem *Nobelhart & Schmutzig* in Berlin, klebt ein »No AfD«-Sticker. Und trotzdem engagiere ich mich in meiner Wahrnehmung nicht gegen rechts. Nein, es ist eigentlich andersrum: Ich mache mich für etwas stark – nämlich für Vielfalt. Mein Background ist im Wein. Schon da habe ich gelernt, dass das Besondere im starken, speziellen Charakter liegt, in der individuellen Handschrift

der Winzer*innen und den Eigenheiten des Terroirs, wobei die Faszination überhaupt erst in Unterschieden entsteht. Gleiches gilt auch für Kunst und Musik. Das Spannende in diesen Ausdrücken menschlicher Erfahrung liegt überhaupt in ihrer Diversität, in den immer neuen Perspektiven.

Ich frage mich wirklich: Wie ängstlich muss man eigentlich sein, dass man sich Vielfalt gegenüber versperrt? Wie innerlich tot muss man sein, um sich einen langweiligen, weiß-deutsch-cis-heterosexuell-normierten Einheitsbrei zu wünschen? Wenn wir alle nur gleich sind, mit den gleichen Erfahrungen, dann würde uns so unglaublich viel verloren gehen. Dafür kämpfe ich: für die gegenseitige Bereicherung, für den Austausch, für das Zusammenkommen. An meiner Theke und in der ganzen Gesellschaft.

Billy Wagner betreibt das Speiselokal *Nobelhart & Schmutzig* und war 2002/2003 ASF-Freiwilliger im *Illinois Holocaust Museum* in Skokie bei Chicago.

Uns nicht gegeneinander ausspielen lassen

Katharina Stolla



Zwei Wochen nach meinem Freiwilligendienst ist die AfD zum ersten Mal in den Bundestag eingezogen. An diesem Tag – und mit vielen frischen Erfahrungen aus meinem Freiwilligenjahr im Kopf – habe ich mich entschlossen, jetzt wirklich politisch aktiv zu werden und bei der *Grünen Jugend* vorbeizuschauen. Dass mich mein Freiwilligendienst geprägt hat, ist dabei nicht zu leugnen.

Für mich ist wichtig, dass wir nicht nur unsere Ablehnung gegen Rechtsextremismus zum Ausdruck bringen, sondern alles daran setzen, ihm den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen sind in ständiger Angst, wegen unsicherer Jobs und

einem löchrigen Sozialstaat nach unten abzurutschen, andere haben in den letzten Jahrzehnten Status- und Kontrollverluste erlebt – all das können die Rechten einfach instrumentalisieren.

Gerade in Krisen fällt es Rechten dann leicht, uns gegeneinander auszuspielen. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir sicherstellen, dass wir nicht gegeneinander auszuspielen sind. Deshalb ist es wichtig, jetzt nicht nur gegen Rechts, sondern auch für gute Löhne, ein starkes soziales Sicherungsnetz oder massive Investitionen in Kitas, Schulen, Krankenhäuser – kurz eine soziale Politik – auf die Straße zu gehen.

Katharina Stolla ist Bundessprecherin der *Grünen Jugend*. 2016/2017 leistete sie mit ASF einen Freiwilligendienst in der KZ-Gedenkstätte Kazerne Dossin in Mechelen, Belgien.



Catharina aus Berlin arbeitet ab September in einer Schul- und Wohneinrichtung für gehörlose Menschen in Andebu, Norwegen.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Unser Kreuz hat keine Haken

Friedrich Stiller

Es war im Jahr 1934, da rang sich die Evangelische Kirche dazu durch, eindeutig Position zu beziehen. Mit der Barmer Theologischen Erklärung stellte die Kirche klar, was ihr Auftrag ist und was nicht – und was der Auftrag des Staates ist und was nicht. Angesichts des Machtanspruches einer Politik unter dem Hakenkreuz war das eine klare Ansage: Unser Kreuz hat keine Haken.

In Dortmund, wo ich lebe, mussten wir uns an diese Tradition erinnern, als sich vor etwa 20 Jahren eine besonders dynamische und radikale Ausformung der rechtsextremen Szene niederließ, die sogenannten »Autonomen Nationalisten«. Mit ihren klaren Bezügen zum Nationalsozialismus, andauernden Provokationen, vor allem aber mit ihrer offensichtlichen Gewaltbereitschaft forderten sie Staat und Zivilgesellschaft heraus. Als Evangelische Kirche haben wir bald erkannt, dass dies nicht nur ein Problem der Stadtgesellschaft sein kann und gründeten einen Arbeitskreis *Christ:innen gegen Rechtsextremismus* mit dem Motto »Unser Kreuz hat keine Haken«.

Spätestens seit dem Geheimgespräch von Potsdam wissen wir, dass es in diesem Land eine politische Kraft gibt, die völkischen Nationalismus und Rassismus wieder zum politischen Programm erhoben hat. Sie will eine Alternative für Deutschland sein – und das ist sie tatsächlich. Eine Alternative zur Demokratie nach dem Grundgesetz, das in diesem Jahr übrigens 75 Jahre alt wird, eine Alternative zu garantierten Menschenrechten für alle, und eine Alternative zum solidarischen Umgang miteinander. Inzwischen müssen Christ*innen auch in diese Richtung klarstellen: Unser Kreuz hat keine Haken.

Denn unser Kreuz hat helfende Hände, die sich den Zugewanderten und Geflüchteten entgegenstrecken, damit sie es leichter haben, eine neue Heimat zu finden. Unser Kreuz hat offene Arme, die sich weit ausstrecken für bunte Vielfalt und Diversität, damit alle sein dürfen, wie sie sind. Vor allem hat unser Kreuz ein festes Fundament, den barmherzigen Gott und den versöhnenden Christus, die im Heiligen Geist unter den Menschen Liebe stiften. Liebe statt Hass, Inklusion statt Ausgrenzung, das ist der Kern unseres Glaubens.

Darum passt in diesem Jahr die Jahreslosung so wunderbar: »Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe.« (1. Kor. 16, 14). Ein so wunderschönes Wort gerade für diese Zeit, dass wir es außen an die Gemeindehäuser und Kirchtürme pinseln sollten. Den Höhepunkt im 1. Korintherbrief bildet das Hohelied der Liebe, bei dem die Liebe sogar über Glaube und Hoffnung gestellt wird. »Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe«. Alles – alles! – am Maßstab der Liebe zu messen, gibt heute Klarheit und Festigkeit gegenüber den politischen Kräften, die alles – alles! – am Maßstab eines völkischen Nationalismus messen wollen, und an einem angeblichen Volkswillen, den nur sie kennen.

Liebe gegen den Hass, das klingt ein bisschen nach Andrea Berg und Helene Fischer, aber besser können wir es in diesem Jahr nicht sagen. In unserem Glauben steht die Liebe im Mittelpunkt. Diese Liebe ist aber keine bloß spirituelle Botschaft und sie lässt sich auch nicht auf das persönliche Umfeld beschränken. Sie ist eine Haltung zur Welt mit allen Konsequenzen. Dafür steht das Kreuz.

Darum heißt es jetzt, Flagge zeigen gegen eine politische Ideologie, die dem christlichen Glauben eindeutig entgegensteht, auch wenn sie sich das Mäntelchen der Bürgerlichkeit umhängt. Flagge zeigen im persönlichen Umfeld, auf der Straße und bei den kommenden Wahlen, Flagge zeigen auch als Kirche. Der Journalist Arnd Henze schreibt in seinem lesenswerten Buch »Kann Kirche Demokratie?«, jede einzelne der 14.000 evangelischen und der 11.000 katholischen Gemeinden in Deutschland sei aufgefordert, die Demokratie zu verteidigen. Ergänzt man noch die kirchlichen Dienste und Vereine, kommt schon einiges zusammen.

Friedrich Stiller ist Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung im Kirchenkreis Dortmund und Sprecher des Arbeitskreises *Christ*innen gegen Rechtsextremismus*

Auch in Creglingen, Gilching, Zeitz und anderswo!

In den Metropolen wie Hamburg, München oder Köln versammelten sich hunderttausende Menschen, doch auch in mittleren Städten und kleineren Orten kamen im ganzen Land tausende oder hunderte Menschen zusammen. Das ist gerade in ländlichen Gebieten, wo in den vergangenen Jahren oftmals Neonazis und Verschwörungsbewegungen dominierten, ein ermutigendes Zeichen.



In Creglingen im Main-Tauber-Kreis demonstrieren 500 Menschen.



Am 27. Januar in Hof, Bayern.



Am 19. Januar kommen in Hamburg mehr als 180.000 Menschen zusammen. Der große Andrang wirkt wie ein Signal in viele weitere Städte.



Rund 40.000 Menschen versammeln sich am 20. Januar vor der Paulskirche in Frankfurt am Main.



Im Münchner Vorort Gilching kommen rund 500 Menschen zusammen.



In Bad Mergentheim, Baden-Württemberg kommen am 2. März um die 1.500 Menschen zusammen.



In Zeitz, Sachsen-Anhalt protestieren im Februar und März insgesamt circa 500 Menschen.



In Chemnitz demonstrieren innerhalb weniger Tage im Januar um die 16.000 Menschen.

Das deutsch-polnische Freiwilligenprogramm in Großbritannien und der Brexit

Sabrina Gröschel und Charlotte Wiesenthal

2001 startete in Großbritannien das deutsch-polnische Freiwilligenprogramm von ASF. Seitdem leisteten knapp 300 deutsche und polnische Freiwillige gemeinsam Freiwilligendienste in London, Coventry und Exeter. Georgia Bauer schreibt über ihre Erfahrung: »Gleichzeitig lerne ich dank der anderen Freiwilligen neben der britischen noch die polnische Kultur kennen. Da meine Mutter selbst aus Polen kommt, freue ich mich sehr über die Möglichkeit, mein Polnisch verbessern zu können und bestimmte Gewohnheiten auf einmal mit anderen zu teilen.« In den Seminaren setzten sich die Freiwilligen gezielt mit der ebenso engen wie ambivalenten Beziehungsgeschichte der drei Länder auseinander, etwa anhand von Phillipe Sands' Buch »East West Street« mit den juristischen Konzepten Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: »In diesen Momenten schätze ich das Programm sehr, da es uns ermöglicht, ein solches Thema mit Freiwilligen aus Polen und Deutschland zu besprechen und so andere Sichtweisen zu erfahren.« Das

Programm findet an vielen Stellen große Wertschätzung. So trafen sich 2023 der deutsche und polnische Botschafter in London gemeinsam mit den Freiwilligen.

Während wir in Polen in den Anfangsjahren des deutsch-polnischen Freiwilligenprogramms auf großes Interesse stießen, ließ dies in den letzten Jahren nach. Der Brexit erschwerte die Entsendung polnischer Freiwilliger nach GB noch einmal merklich, da es seitdem keine EU-Förderprogramme mehr für die Einsatzstellen gibt. Leider können wir durch den Brexit nun keine Freiwilligen mehr aus Polen in GB aufnehmen. ASF hofft, das Programm in Zukunft wieder aufleben lassen zu können. Vorerst gehen nun nur noch Freiwillige aus Deutschland nach Großbritannien. Menschen aus Polen können weiterhin einen Freiwilligendienst im internationalen ASF-Programm in Deutschland leisten und auch das deutsch-ukrainische Freiwilligenprogramm in Polen bleibt bestehen.



Freiwillige aus Polen und Deutschland bei ihren Orientierungstagen in London, 2023.

Wir trauern um Marianne Karmon

(2. Mai 2021 – 11. Dezember 2023)

Jutta Weduwen



Marianne Karmon mit der Freiwilligen Leonore 2022 in Jerusalem.

Marianne Karmon ist am 11. Dezember 2023 im Alter von 102 Jahren in Jerusalem gestorben. Wir trauern um eine Freundin, die die Arbeit von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* in Israel über Jahrzehnte eng begleitet hat. Marianne hat die israelisch-deutschen Beziehungen maßgeblich geprägt.

Ich lernte Marianne in den 2000-ern kennen, sie gehörte dem Verein des Freundeskreises von ASF in Israel an und wurde viele Jahre von Freiwilligen besucht. Sie war für mich und für viele Freiwillige eine warmherzige und interessante Gesprächspartnerin, die Begegnungen mit ihr auf ihrer schönen Dachterrasse mit Blick über Jerusalem waren bei meinen Besuchen für mich von großer Bedeutung.

So ging es auch vielen Freiwilligen, denen Marianne aufgeschlossen und sehr interessiert begegnete. Sie konnte mitreißend aus ihrem Leben und von ihren vielen Reisen erzählen, aber auch offen über Krisen und schwierige Lebenserfahrungen sprechen. Zugleich nahm sie immer auch Anteil am Alltag und den Erlebnissen der jungen Freiwilligen.

Marianne hat viel Leid und Verlust erlebt. Sie wurde 1921 in Berlin geboren und konnte 1939 vor der antisemitischen Verfolgung mit einer zionistischen Jugendorganisation nach Schweden fliehen. Als junge Frau arbeitete sie auf Bauernhöfen und betreute Kinder. Hier blieb sie zehn Jahre und ihre Tochter kam auf die Welt. Seit 1949 lebte sie in Israel. Der Tod ihrer einzigen Tochter Manja Mitte der 1990-er Jahre war für sie besonders einschneidend. Sie hielt den

Kontakt zu ihren beiden Enkelöchtern, die nicht in Israel lebten.

Ich habe Marianne als sehr umtriebige, neugierige, liebevolle und humorvolle Person erlebt, die sich für Kultur, Menschen, Reisen, Politik, Handwerk und Natur interessierte und für alles, was ihr von Menschen, die sie liebte, nahe gebracht wurde.

Zuletzt habe ich Marianne im Juni in Jerusalem getroffen. Sie bekam noch immer viel Besuch, vor allem von Freund*innen aus Deutschland. Obwohl das Alter ihrem Körper zusetzte, war sie noch immer eine wache, kluge und schöne Frau, eine Grande Dame in ihrer geschmackvollen Wohnung in Jerusalem. Das Atemgerät ratterte im Hintergrund ihres Wohnzimmers, es störte den Austausch mit ihr aber nicht.

Nach dem 7. Oktober habe ich noch einmal mit ihr telefoniert. Sie fühlte sich in Jerusalem sicher, war aber sehr aufgewühlt von den furchtbaren Ereignissen.

Marianne hat in den letzten beiden Jahren oft gesagt, dass ihr Leben bald enden würde, oft hat sie es sich gewünscht. Obwohl sie 102 Jahre alt war, habe ich diesen Gedanken nie richtig zugelassen. Sie war einfach immer so präsent, aufmerksam und lebendig in unseren Begegnungen. Wir werden sie sehr vermissen und ich bin voller Dank für ihre Impulse und ihre Offenheit. Ich bin mit vielen Freiwilligen und Kolleg*innen dankbar, dass wir sie kennen durften.

Der »Löwe« von Welt

Wir trauern um Jan Plamper (23. März 1970 – 30. November 2023)

Lorenz Kähler

Der Historiker Jan Plamper, der zur ersten Generation der ASF-Freiwilligen in Russland gehörte, ist Ende November des letzten Jahres im Alter von 53 Jahren an Krebs gestorben. Er war vieles zugleich: Ehemann und Professor, Vater und Intellektueller, Freund und Putin-Kritiker. Seine Mitfreiwilligen nannten ihn ob seiner Lockenpracht gelegentlich »den Löwen« und darin schwang immer auch ein bisschen Bewunderung für all das mit, was ihm wie von selbst zu gelingen schien. Zeit seines Lebens war er mit Universitäten verbunden, als Kind über den Wohnort Tübingen, später dann als Student, Assistent und Professor an den verschiedensten Orten der Welt.

Als er 1992 zu ASF kam, hatte er bereits an der Brandeis University in den USA Geschichte studiert und dabei einen Schwerpunkt auf Russland gelegt. Den Freiwilligendienst leistete er in St. Petersburg bei *Memorial*, der mit dem Nobelpreis gekrönten und in Russland inzwischen per Zwang aufgelösten Organisation zur Erinnerung an die sowjetischen Repressionen. Er kümmerte sich um Opfer der Blockade Leningrads und der Repressionen. Dabei hatte er intensiven Kontakt zu den Organisatoren *Memorials*, deren Unterstützer er später wurde. Jährlich sammelte er dafür vor Weihnachten Spenden.

Auf der Heimfahrt vom Freiwilligendienst lernte er seine erste Frau Irina Kremenetskaja kennen, mit der er zwei Töchter Olga und Ira bekam. Zunächst lebten sie in Petersburg, von wo aus er



zu forschen begann und dabei das kurze Zeitfenster der halbgeöffneten Archive nutzte. Auf der Grundlage abenteuerlichst gesammelten Materials schrieb er eine Doktorarbeit in Berkeley, die später als »The Stalin Cult – A Study in the Alchemy of Power« erschien und die Mechanismen wie Wirkungsweisen des Stalinkults beschrieb.

Nach der Promotion war er an verschiedenen Orten in Deutschland tätig, die längste Zeit davon in Tübingen und Berlin, wo er an einem zweiten Buch über die Geschichte der Emotionen arbeitete. Es erschien zunächst auf Deutsch, dann auf Englisch und ist wohl sein einflussreichstes Werk geworden. Ihm ging es dabei nicht nur um die Beschreibung einzelner Emotionen in der Geschichte, sondern um den Nachweis, dass sich ihre Art über die Epochen hinweg ändert, was sich etwa an der veränderten Rezeption von Kunst zeige.

Diese Verbindung zur Kunst prägte auch die folgende Tätigkeit am Goldsmiths College London. Hierher kam er mit seiner zweiten Frau, der Regisseurin Evgenia Gostreer, die er in Berlin kennengelernt und sich, wie er mir schilderte, sofort auch in ihre Kurzfilme verliebt hatte. Als Kürzungen der von ihm initiierten Programme zu Queerer und Schwarzer britischer Geschichte anstanden, wechselte er 2021 nach Limerick. Bald darauf durchkreuzte die Nachricht von der Krebserkrankung jäh alle seine Pläne.

Um in der Nähe seiner Töchter und weiteren Familie zu sein, verbrachte er die letzten Monate in Berlin. Soweit es seine Kraft erlaubte, mischte er sich auch dann noch in die öffentliche Debatte, etwa zum Krieg gegen die Ukraine, ein. Von der Verbindung seines Berufs mit seinen politischen Visionen zeugen vor allem die angesichts der Flüchtlingskrise formulierten Geschichten »Das neue Wir«, die unter dem ASF nahestehenden Spruch »We Are All Migrants« auch auf Englisch erschienen. Sie erzählen davon, wie Immigration gelingen kann, und damit indirekt auch davon, welche wichtige Stimme wir mit dem Tod von Jan Plamper verloren haben.

Prof. Dr. Dr. Lorenz Kähler, ist Jurist und lehrt an der Universität Bremen. 1992 bis 1994 war er ASF-Freiwilliger in Minsk, Belarus.

Wir trauern um Christian Schmidt

Am 13. Januar 2024 ist Christian Schmidt im Alter von 88 Jahren in Berlin verstorben. Gemeinsam mit ihrem Initiator Präses Lothar Kreyssig (1898–1986) prägte er die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR (ASZ) gleichsam von ihrer ersten Stunde an.

Joachim Rasch

Christian Schmidt war Diakon und Stadtjugendwart in Magdeburg, als er 1962 an den ersten Sommerlagern der ASZ in den Ruinen Magdeburger Kirchen nicht nur teilnahm, sondern sie mit dem ihm eigenen Elan, gepaart mit Humor und Nachdenklichkeit, von allem Anfang an mitgestaltete. Es hieß damals, Präses Kreyssig hat Ideen, Christian Schmidt weiß sie umzusetzen. Sehr bald schon wurde er in den Leitungskreis der ASZ berufen. Drei Jahre später wechselte er in deren Büro in die Berliner Auguststraße und übernahm dessen Leitung. Nach Emeritierung von Präses Kreyssig wurde ihm 1969 das Amt des Leiters der ASZ übertragen, das er bis 1974 innehatte.

Christian Schmidt leitete die *Aktion Sühnezeichen* in schwieriger Zeit. Den staatlichen Organen der DDR waren die eigenständigen Aktivitäten der Initiative suspekt. Den staatlichen Disziplinierungs- und Vereinnahmungsversuchen hat Christian Schmidt ebenso konsequent wie besonnen widerstanden und stets Auftrag und Selbständigkeit der ASZ verteidigt und bewahrt. Gemeinsam mit dem Leitungsteam hat er der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR ihr spezifisches Profil gegeben. Neben seinem unermüdlichen Einsatz für die Vorbereitung und Durchführung der Sommerlager waren ihm insbesondere die Kontakte nach Polen, in die ČSSR und nach Ungarn ein Anliegen. Die langjährige Zusammenarbeit mit Partnern in den genannten Ländern hatte oft unter seiner Leitung begonnen. Geschickt und couragiert wusste er die damaligen beschränkten Reisemöglichkeiten zu nutzen, um Kontakte auf- und auszubauen.

Auch nach seinem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Tätigkeit blieb er der *Aktion Sühnezeichen* eng verbunden, zuerst noch im Leitungskreis, später dann als unverzichtbarer Berater der ASZ und immer wieder zu Rate gezogener Gesprächspartner für Mitarbeitende und Verantwortung Tragende. Dankbar sind und bleiben wir Christian Schmidt für all das, was er seit den frühen Jahren der ASZ, in der Zeit seiner Leitung und danach für die *Aktion Sühnezeichen* und ihre Ausstrahlung getan hat. Ihm verdanken wir den organisatorischen



Jahrestreffen Ende der 1960-er Jahre

Aufbau und die strukturelle Verstetigung und Festigung unserer Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Sommerlager, deren Zahl in seiner Zeit gleichsam kontinuierlich angewachsen ist.

Von Präses Kreyssig übernommen hatte er auch die ökumenische Weite. Schon mit den ersten Magdeburger Sommerlagern hat er sich dafür eingesetzt, die Zusammenarbeit von evangelischer und katholischer Kirche bei der ASZ zu stärken und Alltag werden zu lassen. Sein Herz schlug dafür, unermüdlich nach Wegen der Versöhnung zu suchen, sie gemeinsam mit Freunden und Partnern zu gehen und so Sühnezeichen zu setzen.

Jetzt hat dieses große Herz zu schlagen aufgehört. In tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Christian Schmidt, ihn in Gottes Armen geborgen wissend. Über die Traueranzeige hat seine Familie die Worte aus Psalm 103 gesetzt: Lobe den HERRN, meine Seele, und vergiss nicht, was er dir Gutes getan hat.

Joachim Rasch, Pfarrer in Bischofswerda und Mitglied im ASF-Vorstand.

Konkretes Engagement, das verbindet

Internationale Freiwillige und ihr engagierter Patenkreis *Kadudale* im Austausch

Matteo Schürenberg



Ein Februarabend in einer Kreuzberger Altbauwohnung. Im lichten Erkerzimmer haben sich ganz unterschiedliche Menschen in einen Kreis gesetzt: Verschiedene Generationen, aus Ost und West, aus Frankreich, Russland und Israel. Was sie verbindet, ist das konkrete Engagement für Erinnerung, Demokratie und Frieden.

Die Älteren in der Runde treffen sich bereits seit den 1980-er Jahren regelmäßig. Als *Kadudale*-Gruppe diskutierten

und diskutieren sie bis heute über Krieg und Frieden, Tschernobyl und die Klimakrise, ebenso über globale Fragen wie über das Zusammenleben in Berlin. Und sie werden selbst aktiv: in der Hilfe für Geflüchtete, Umweltprojekten oder bei Mahngängen seit dem 24. Februar 2022, als Russland die gesamte Ukraine angriff.

Die Jungen in der Runde wiederum engagieren sich aktuell in einem Freiwilligendienst mit ASF. Sie kommen aus Russland, Israel und Frankreich und sind

Teil des internationalen Freiwilligenprogramms in Deutschland. Alle wohnen gemeinsam in der »Schiller-WG« im gleichnamigen Kiez in Neukölln. Sie arbeiten mit in den *Gedenkstätten Sachsenhausen*, *Haus der Wannsee-Konferenz* sowie dem ehemaligen Zwangslager für Romn*ja und Sinti*zze in Marzahn. Oder sie unterstützen in sozialen Projekten Geflüchtete und Menschen mit Behinderungen.

Die *Kadudale*-Gruppe übernimmt jedes Jahr Patenschaften für einige der Freiwilligen – »wir wollen gerade die aus dem Ausland zu uns nach Berlin gekommenen Freiwilligen unterstützen, weil wir sie so vor Ort kennen lernen können und den internationalen Austausch besonders spannend finden«, erklärt der Gastgeber der Runde. Der Freundeskreis gibt das Freiwilligenjahr über monatlich einen Patenbeitrag und erfährt in Freiwilligenberichten sowie bei Besuche direkt aus Alltag und Engagement der Freiwilligen.

Dieser Abend zeigt, dass trotz Jahrzehnten Lebensunterschied auch biografisch viele Verbindungen bestehen.



Alwine aus Dresden wirkt ab September an der Versöhnungsarbeit in der Kathedrale von Coventry mit.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen**

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



So berichtet ein Paar vom Engagement gegen die Aufrüstung im *Pankower Friedenskreis* und der Repression, was schließlich zur Ausreise nach West-Berlin führte. Das konnten wiederum die russischen Freiwilligen gut nachvollziehen, die sich heute in ihrem Heimatland nicht frei äußern können. Beide überlegen nach Ende ihres Freiwilligenjahres in Deutschland zu bleiben. Die beiden französischen Freiwilligen fühlten sich bei den Schilderungen der Proteste der

1980-er Jahre an das Engagement ihrer Eltern erinnert. Für eine von beiden ist die sozialistische Familientradition, für den ihre Urgroßeltern ins KZ kamen, auch eine Motivation für ihre heutige Erinnerungsarbeit mit ASF.

Ob von der ersten Führung durch die Gedenkstätte oder den alltäglichen Begegnungen in der sozialen Arbeit – die Freiwilligen berichteten eindrücklich, wie sie an den Erfahrungen in ihrem Dienst

wachsen. Neben Spendengeldern und Fördermitteln sind die Patenkreise unerlässlich, um allen Freiwilligen unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund ein Dienstjahr zu ermöglichen – sie schaffen aber auch ideell neue Verbindungen und Perspektiven für beide Seiten, wie dieser Abend zeigt.

Matteo Schürenberg leitet die ASF-Öffentlichkeitsarbeit

»Krieg und seine Folgen«

ASF-Jahrestagung und Mitgliederversammlung
24.–26. Mai 2024 | Berlin

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Terrorangriffe gegen Israel und ein weiterer Gaza-Krieg – und viele weitere gewaltsame Konflikte weltweit. Welche Folgen haben diese Kriege? Wie verstehen wir die Konflikte, was haben sie mit unserer Geschichte und Gegenwart zu tun und wie verhalten wir uns

konkret in Fragen von Krieg und Frieden? Zum Themenschwerpunkt für die Jahre 2024/2025 diskutieren wir auf der kommenden Jahrestagung, an die sich die ASF-Mitgliederversammlung anschließt.

TERMINE

3. MAI 2024 | 15 UHR

Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche
Breitscheidplatz, 10789 Berlin
ASF auf Erkundung

Ausstellungsbesuch »Von christlicher Judenfeindschaft«

Führung durch die Ausstellung in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Anmeldung: baumgaertel@asf-ev.de

28. MAI 2024 | 18 UHR |

Digitaler ASF-Salon

**Zwischen Rechtsruck und demokratischen Antworten?
Europa vor den Wahlen**

Diskussionsrunde mit internationalen Perspektiven. Anmeldung in Kürze unter www.asf-ev.de möglich.

31. MAI – 2. JUNI 2024

Martin-Niemöller-Haus (im Taunus)
Am Eichwaldsfeld 3, 61389 Schmitten
Reunion USA-Freiwillige (1973–75)

Informationen und Anmeldung:
Eckardt Johanning,
eckardjohanning@t-online.de

1. JUNI 2024 | 12 UHR | Görlitz

ASF auf Erkundung

Besuch der Görlitzer Synagoge

Führung durch die Synagoge.

5. JULI 2024 | 15 UHR | Dobbrikow

ASF auf Erkundung

Ausstellung zu Heinrich Vogel

Jeweils Anmeldung:
baumgaertel@asf-ev.de

23.–26. JULI 2024 | Paris

**Studienreise nach Paris –
Olympische Spiele**

ASF Frankreich lädt herzlich ein, in einem viertägigen Seminar hinter die Kulissen der Olympischen Spiele 2024 zu blicken. Französischkenntnisse sind keine Voraussetzung für die Teilnahme. Anmeldung unter www.asf-ev.de/termine

26.–29. SEPTEMBER 2024 | Dresden

**Dresden und Hellerau –
in Geschichte und Gegenwart**

Studienreise für Mitglieder, ehemalige Freiwillige und Freund*innen von ASF. Bei Interesse an Dr. Thomas Lutz wenden: thomas.lutz@asf-ev.de

Weitere Informationen zu den Terminen unter www.asf-ev.de/termine

Ich möchte die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen!

Ich werde Mitglied

- Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name:

Adresse:

Mitgliedsantrag auch online unter: asf-ev.de/mitglied-werden



Aktionscode
Z124B01

Ich spende

- Bitte ziehen Sie ab dem (Datum) von meinem Konto Euro
 einmalig monatlich vierteljährlich jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name:

Vorname:

IBAN:

E-Mail-Adresse für Einladungen und weitere Informationen:

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der*des Kontoinhaber*in

**Bitte an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Fax: +49 30 28395-135
E-Mail: spende@asf-ev.de**

Bitte beachten: neue Kontoverbindung seit April 2023

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33XXX | IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/datenschutz



Patinnen*Paten für unsere Freiwilligen gesucht!

Werden Sie Teil eines einzigartigen Freiwilligenjahres! Im September startet die nächste Freiwilligengeneration in ihren internationalen Friedensdienst und wird Zeichen setzen für Verständigung und aktive Erinnerung. Mit einer Patenschaft für eine*n der jungen Freiwilligen sind Sie ein Jahr mit dabei.

So werden Sie Patin oder Pate:

- auf unserer Webseite stellen sich die Freiwilligen mit ihren Freiwilligenstellen vor: www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften
- telefonisch: 030 28 395 208



»Lotta kenne ich seit der 6. Klasse. Ihre Klasse führte ich über die Gedenkstätte Ravensbrück, die ich lange leitete. Auch angeregt durch diese Erfahrung leistet Lotta einen Freiwilligendienst mit ASF in Griechenland. Als sie mich bat, dafür eine Patenschaft zu übernehmen, stimmte ich gern zu und konnte noch weitere Pat*innen für sie gewinnen. Sie wird wichtige Erfahrungen für ihr Leben sammeln – das unterstütze ich gern.«

Prof. Dr. Sigrid Jacobeit, ehemalige Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück

GESCHICHTE ERLEBEN – ZUKUNFT GESTALTEN

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma

ASF e. V.

IBAN

DE72 3702 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33XXX



Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Betrag: Euro, Cent

Danke für Ihre Spende!

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:

ggf. Stichwort

Z i 2 4 B 0 1

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zu Kontoinhaber*in / Zahler*in: Name, Vorname / Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

Beleg / Quittung für Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin

IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27 / 659 / 51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 300 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in / Quittungsstempel

SPENDE





ASF-Freiwillige in Prag 2023. Sie unterstützen die Jüdische Gemeinde und Gedenkorte.

FREIWILLIGE EIN JAHR BEGLEITEN, ENGAGEMENT ERMÖGLICHEN

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

Ein Jahr unsere Freiwilligen in ihrem Engagement für Erinnerung, Frieden und Solidarität begleiten und unterstützen – mit einer Patenschaft! www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Oder selbst freiwillig für ein Jahr engagieren ab September 2025? Dann gerne bewerben und weiterzählen! www.asf-ev.de/freiwilligendienst



Bei Fragen zu Patenschaft oder Freiwilligendienst steht unser Infobüro gerne bereit:
+49 30 28 395-184 oder infobuero@asf-ev.de